

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Feuille oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Dienstag, den 18. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nach berühmten Mustern.

Die nationalliberale Presse hat in diesen Tagen mit ganz ungewöhnlichem Eifer die „Fruktifizierung“ des Eissabonner Attentats betrieben. Sie ist bemüht gewesen, dieses Ereignis, über dessen direkter und indirekter Urheber noch tiefes Dunkel liegt, mit der deutschen Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen. Ein süddeutsches nationalliberales Blatt hat sich sogar erdreistet, die Berliner Sozialdemokratie zu beschuldigen, daß sie auf Nachahmungen des Eissabonner Attentats in Deutschland hinarbeite!

Der Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber solchen Attentaten nochmals darzulegen, ist überflüssig; es sei nur betont, daß der Klassenkampf der Sozialdemokratie sich gegen politische und gesellschaftliche Systeme und nicht gegen einzelne Personen richtet. Trotzdem werden bei allen solchen Attentaten die gleichen mörderischen Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie geschleudert und zwar nach „berühmten Mustern“. Seit dreißig Jahren ist das bei den Nationalliberalen und auch bei anderen Reaktionsären so gebräuchlich und es ist angebracht, einmal einen Rückblick auf diese tauartige Gepflogenheit zu werfen.

Aus der deutschen Sozialdemokratie ist noch kein solcher Attentäter hervorgegangen. Der Idiot Hödel, der 1878 das erste Attentat gegen den alten Kaiser Wilhelm I. beging, hatte sich der Sozialdemokratie aufdrängen wollen, war aber von dieser abgewiesen worden und hatte sich der christlich-sozialen Partei angeschlossen. Drei Wochen nach Hödel schloß der Dr. Nobiling auf den alten Kaiser und verwundete ihn nicht unerheblich. Bismarck, der schon das Hödel'sche Attentat zu einem Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokratie benützt hatte, das aber vom Reichstage abgelehnt wurde, nahm jetzt die Gelegenheit beim Schopfe. Bevor man noch über die Persönlichkeit des Attentäters irgendwie informiert war, telegraphierte Bismarck schon nach Berlin: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!“ Als bald erschienen in den reaktionären und Reptilienblättern wuschauende Artikel, welche behaupteten, der Attentäter habe bei seiner Vernehmung angegeben, Sozialdemokrat zu sein und Mitschuldige zu haben. Die offiziellen Blätter wurden von der nationalliberalen und freisinnigen Presse bei der wüsten Hege überboten.

Aber Beweise dafür, daß Nobiling Sozialdemokrat gewesen, ließen sich nicht erbringen und der Attentäter, der sich bei einem Selbstmordversuch schwer verwundet hatte, war überhaupt nicht imstande gewesen, irgendeine Aussage zu machen, wie längst festgestellt ist. In der im Auftrag der sozialdemokratischen Partei verfaßten und 1889 erschienenen Schrift: „Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes“ heißt es:

„Alles, was der fieberhafteste Volkseifer festzustellen vermochte, war, daß Nobiling in einem Arbeiterverein zu Dresden über ein unpolitisches Thema einen Vortrag gehalten hatte, daß er in einer Versammlung den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners (des späteren Abgeordneten Mag. Kayser) entgegengetreten war und daß er sich ausdrücklich dahin geäußert hatte, in politischer Beziehung der nationalliberalen Partei am nächsten zu stehen.“

Diese Tatsache ist den Nationalliberalen schon oft vorgehalten worden; im Reichstage auch vom demokratischen Abgeordneten Sonnemann. In solchen Fällen stellen sich dann die Herren Nationalliberalen dumm und faheln von „unglaublich“ und „unerhört“.

Nachdem 1878 die Phillister- und Spießbürgermassen durch die millionenfach wiederholte Lüge, die Sozialdemokratie sei die „moralische Urheberin“ des Attentats, genügend aufgestachelt waren, wurde das Sozialistengesetz hauptsächlich durch die Nationalliberalen zustande gebracht. Dem politischen Kopfkücher Bismarck war sein Coup gelungen. Aber diese demagogische Weisheit war nicht in seinem eigenen Garten gewachsen. Schon 58 Jahre zuvor, als der Herzog von Berry von dem Sattler Lourel ermordet wurde, hatte man die liberale Partei der französischen Kammer der Mitschuld an diesem Attentat bezichtigt. „Der Herzog von Berry,“ hieß es damals, „ist von einer liberalen Idee erdolcht worden!“ — Man sieht, daß Bismarck's Coup nur eine plumpe Nachahmung war.

Indessen setzen die Nationalliberalen das von Bismarck begonnene Werk der Verdächtigung ununterbrochen und unverdrossen fort. Wie wollen nur einige Beispiele anführen. In der von nationalliberalen „Gelehrten“ redigierten großen „Eisensbrücke des deutschen Bildungs-

philisters“, im Meyerschen Konversationslexikon, heißt es in der neuesten Ausgabe von dem Attentäter Nobiling:

„Er trat in Dresden in Beziehungen zu sozialistischen Agitatoren.“

Damit soll der Verdacht der „moralischen Mitschuld“ aufrecht erhalten werden. Welcher Art die „Beziehungen“ Nobiling's zur Sozialdemokratie waren, haben wir oben gesehen.

Im 17. (Ergänzungsband) dieses Lexikons heißt es in bezug auf den preussischen Polizeidirektor Wahlgemuth, der bekanntlich in eine von den schwelgerischen Sozialisten gelegte Falle ging, die Regierungen seien genötigt gewesen, „um Mordplänen und Aufwuchsprojekten der Sozialisten und Anarchisten (in der Schweiz) auf die Spur zu kommen“, diese zu überwachern.

Den Idioten Hödel der Sozialdemokratie zuzuzählen, haben auch die „Gelehrten“ des Meyerschen Lexikons nicht mehr gewagt.

Der nationalliberale Geschichtsschreiber Oskar Jäger, der die Schlosser'sche Weltgeschichte in seiner Weise „fortgesetzt“ hat, schreibt in seiner kurzgefaßten Geschichte des 19. Jahrhunderts:

„Zwei kurz aufeinander folgende Mordanschläge auf den Kaiser Wilhelm im Jahre 1878, die zwar nicht von der Partei ausgeht, wohl aber dem durch ihre zucht- und schamlose Demagogie aufgewühlten Boden entsprungen waren, tiefen ein gegen sie gerichtetes Ausnahmegesetz hervor!“

Demnach hätte die Sozialdemokratie den christlich-sozialen Boden, auf dem Hödel, und den nationalliberalen Boden, auf dem Nobiling sich bewegte, ausgewählt! Wie sollen wir auch noch diese Sündenschuld tragen!

1894 wurde der französische Präsident Carnot von dem italienischen Anarchisten Caserio erstochen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte gegen dies Attentat wie gegen alle anarchistischen Attentate, entsprechend der auf dem St. Gallener Kongreß 1887 angenommenen Resolution, Stellung genommen. Nichtsdestoweniger eröffnete die nationalliberale Partei einen Feldzug gegen den „Umsturz“, um ein Ausnahmegesetz gegen die deutsche Sozialdemokratie zustande zu bringen. Auch das Attentat auf Carnot sollte auf dem Boden der Sozialdemokratie gewachsen sein.

Die Regierung ließ sich drängen, mit einer „Umsturzvorlage“ das Strafgesetzbuch zu verschärfen. Aber das Zentrum vertrat der Regierung und den Nationalliberalen das Konzept und die Nationalliberalen waren schließlich selber froh, als die Vorlage fiel.

Die jüngsten Verdächtigungen, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet worden sind, beweisen nur, daß die Nationalliberalen sich nicht geändert haben. Gewiß, eine Zentrumsherrschaft ist schlimm. Aber eine Herrschaft des Nationalliberalismus ist eben so schlimm, in mancher Beziehung vielleicht noch schlimmer. Darum ist es gut, zuweilen den Schleier von der Vergangenheit dieser Partei zu reißen.

Chronischer Volksverrat und chronische Volksentrechtung sind Vergehen, die nicht verfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Am Montag wurde im Reichstage der Postetat weiter behandelt. Der Postpapa Krätke erhielt sein Gehalt bewilligt, gegen unsere Stimmen und die der Abgeordneten Schrader und Dohrn von der Freisinnigen Vereinigung, wenn dieselben nicht rein zufällig sitzen geblieben sind. Die plumpen Anrempelungen unserer Partei durch den Zivilnachfolger Pöbblers wurden vom Genossen Eichhorn beim richtigen Namen genannt, worauf der just präsidierende Paasche sich in die Unkosten eines doppelten Ordnungsrufs stürzte. Genosse Eichhorn beleuchtete nochmals das Treiben der sauberen Spitze, die Postbeamte zu verführen suchen, und rügte die Befolgung der Unterbeamten, sowie die Unverfrorenheit der Pforzheimer Fabrikanten, die Post zum Werkzeug ihrer Ausbeutungsgelüste zu machen. Genosse Lehmann-Wiesbaden charakterisierte scharf den Fall Schellenberg als unerhörten Eingriff in das verfassungsmäßige Wahlrecht. Von der Rechten kam der gefreiererte Camp mit einer durch korrupte Zuhilfenahme gemilderten Scharfmacherrede dem Postpapa zu Hilfe. Der Massauer Gutsverwalter sprach nebenbei sein inniges Begehren nach Rückwärtsrevidierung der postalischen Einrichtungen zuungunsten der Großstädte aus. Der antisemitische Schreiber Böhm trat als Anstandshüter auf, wozu er sich eignet, wie der Esel zum Lautenschlagen. Im Gegensatz zu seinem Frak-

tionsgenossen Erzberger begeisterte sich Herr Gröber für den Postassessorismus. Über das öde Bürokratengeschrei des Herr Kraetke sind weiter keine Worte zu verlieren. — Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Nun haben wir die Lösung!

Während man überall die Stirne kraus zieht, sich über die Reichsfinanzreform und ihre Möglichkeiten erhebliches Kopfzerbrechen macht und keinen Erfahmann für Stengel finden kann, kommt heute frisch und froh das Berliner Pastorenblatt, der „Reichsbote“, und schüttelt die Lösung des Problems aus dem Handgelenk. Sie lautet:

Es gibt jetzt kein anderes Mittel, als eine ergiebige Steuerquelle anzubohren, sei es ein Monopol oder eine monopolähnliche Steuer. Mit direkten Steuern ist das nicht zu erreichen, wenn nicht durch den Druck der direkten Steuern die größte Verbitterung gegen das Reich einreißt. Nur die indirekten Steuern lassen sich so verteilen, daß sie den einzelnen nicht drücken, und geben jedem die Möglichkeit, sich durch Enthaltung vom Konsum des Steuerartikels die Steuer zu erleichtern. Hat der Reichskanzler diesen Schritt getan, dann ist die Bahn frei für die weitere Entwicklung, und das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kann dann ebenso fruchtbar werden wie das erste des vorigen Jahrhunderts.

Hier wird also klipp und klar gesagt, daß die Reichstreue der bestehenden Schichten ihren Sitz im Geldbeutel hat und durch „Anbohrung“ von direkten Steuern wieder schwindet. Für die Besitzlosen aber hat das Blatt den schönen Trost, daß sie sich nur des Genusses von Brot, Zucker, Salz, des Verbrauchs von Petroleum usw. zu enthalten brauchen, um vor den indirekten Steuern nichts zu spüren.

Das teure Brot.

Die Brotpreise im Jahre 1907 standen im allgemeinen 10–15 Prozent über dem Niveau des Jahres 1906! In Berlin werden durch das Statistische Amt allmonatlich zuverlässige Erhebungen über Brotpreise gemacht. Alle 14 Tage werden bei 34 Bäckern 34 Roggenbrote zu 50 Pfennig das Stück und 136 Schrippen, zwei Stück zu fünf Pfennig angekauft und daraus der Durchschnittspreis berechnet. Im Januar 1907 setzte der Preis für Roggenbrot mit 27,63 Pfennig pro Kilogramm ein, stieg dann von Monat zu Monat bis Juni auf 31,06, um im Juli auf 30,91 zurückzugehen. Im August setzte aber von neuem eine von Monat zu Monat den Preis hinaufreibende Bewegung ein, so daß der Dezember mit dem höchsten Stande, nämlich mit 33,98 Pfennig pro Kilogramm schloß.

Der Jahresdurchschnittspreis stellte sich auf 30,82 Pfennig gegen 27,06 im Jahre 1907. Es hat also eine Steigerung von 13,5 Prozent stattgefunden. Nur in einem Jahre seit 1886 war der Preis für Roggenbrot noch höher, nämlich 1891, wo er sich auf 31,66 Pfg. stellte.

Weniger stark, nur um 10 Prozent, ist der Preis für Weizenbrot gestiegen. Er setzte im Januar mit 45,83 Pfennig pro Kilogramm ein und stieg, jedoch unterbrochen von mehreren Rückgängen, allmählich bis auf 54,60 Pfg. im Dezember. Im Durchschnitt des Jahres betrug der Preis 49,36 Pfennig gegen 44,93 im Vorjahre. Wie stark übrigens die Spannung zwischen höchstem und niedrigstem Preis für Brot in Berlin ist, das geht daraus hervor, daß für Roggenbrot als niedrigster Preis 20,92 und als höchster 40,65 Pfennig, für Weizenbrot als niedrigster 27,55 und als höchster 88,89 (!) Pfennig notiert wird. Das sind Differenzen, deren Möglichkeit an einem und demselben Plage kaum glaublich ist. Für andere Plätze liegt kein so genaues Material über Brotpreise vor wie für Berlin. Aber die meisten Notierungen in Groß- und Mittelstädten stimmen darin überein, daß sie zwischen den Preisen im Jahre 1906 und den Preisen im Jahre 1907 eine Differenz von zirka 10 bis 15 Prozent aufweisen. Die Agrarier können sich ins Säufchen lachen.

Bülow der Unwahrhaftigkeit überführt!

Am 10. Januar erklärte Ministerpräsident Fürst Bülow im preussischen Abgeordnetenhaus:

Von den Rednern der Linken ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Regierung bei den Wahlen Licht und Schatten gleichmäßig vertellen und eine durchaus objektive Haltung einnehmen möge. Es bedarf wohl kaum der Verklärung — ich will es aber trotzdem ausdrücklich erklären — daß ich es für die Pflicht der Regierung halte, bei den Wahlen eine ganz unparteiische Haltung zu beobachten. Ich habe meinerseits in Übereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeher dafür Sorge getragen, daß dieser Pflicht tatsächlich genügt wird.

Dieses Versprechen der Regierung, das schon durch seine Verfassung auf eine höchst anrüchliche Vergangenheit den Stempel innerer Unwahrhaftigkeit an der Stirne trug,

ist 34 Tage später im Reichstag gedruckt worden. Die Erklärung, die der Staatssekretär der Reichspost, ein durch keinerlei Verdienste bekannter Herr Kraetke, am letzten Donnerstag zum bekannten Fall des Wiesbadener Postarztes Dr. Schellenberg im Reichstage abgab, war ein Akt des größtlichen Wahlterrorismus, ausgelöst gegen Zehntausende preussischer Landtagswähler, die in den nächsten Monaten in öffentlicher Abstimmung ihre Vertreter zum Landtag zu wählen haben werden.

Der Postarzt Dr. Schellenberg ist nach dem Geständnis des Staatssekretärs aus Amt und Brot gejagt worden, weil durch den Mund einer Kellnerin ruchbar geworden war, daß er, ein Liberaler, bei der Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Rechtsnationalliberalen seine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben habe. Herr Kraetke beschränkte sich nicht darauf, dieses Vorgehen für gerechtfertigt zu erklären, sondern fügte auch in schneidendem Tone die Drohung hinzu, daß er in jedem ähnlichen Falle genau so handeln würde.

Daß das Versprechen Bülow's unehrlich ist, daß man sich gerade nach diesen heuchlerischen Redensarten auf den allerjüngsten Wahlbruch gefaßt machen müsse, ist sofort nach der Abgabe jener Erklärung in der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen worden. Seine Erklärung sollte eben nur soviel besagen, daß die um Fischbeck, falls sie so blockstreu bleiben wie bisher, bei den Landtagswahlen keine besonderen Chikanen der Behörden zu befürchten hätten. Aber die Wahl von Sozialdemokraten, Polen, Dänen und Welfen wird die „ganz unparteiische Regierung“ durch alle Mittel der Drohung und Vergewaltigung genau so zu verhindern versuchen wie bisher. Die Erklärung Kraetkes, die ausspricht, was ist, ist wenigstens wahr, als die Erklärung Bülow's, die Unwahrheit behauptet und dazu bestimmt war, die Öffentlichkeit irrezuführen. Das preussische Volk ist von seinem Kanzler direkt angelogen worden.

Serbe Worte.

Ein Hirsch-Dunderscher Gewerkschafter in einer mittleren Stadt der Provinz Schlesien, in der die Herren Fischbeck, Kopsch, Mugdan gewähnt worden sind, richtet eine Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung“, der wir folgende charakteristische Stelle entziehen:

Wir Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft werden von anders gesinnten Arbeitskollegen direkt verhöhnt, wenn diese auf den Blockfreimann zu sprechen kommen, der sich als Leibgarde des reaktionärsten aller bisher dagewesenen Reichskanzler aufgetan hat und mit neuen Liebesdiensten quitiert, wenn ihm eine runtergehauen worden ist. Früher konnte man wenigstens immer noch sagen: der Liberalismus ist besser als sein Ruf. Jetzt sagt man da und kann nichts sagen. Denn durch die wackeligen Reden Fischbecks und Bachnicks zur Wahlrechtsfrage und durch die sonstige Haltung der Fraktion in der 7-Frage und anderen Fragen würde man dem größten Gelächter begegnen, wenn man da noch für diese freisinnigen Bülow-Anbeter eine Entschuldigung vorbringen wollte. Vielleicht schneiden Sie, sehr geehrte Redaktion, einmal die Frage an, welchen Zweck es eigentlich noch hat, daß auch der Vorsteher der Gewerkschaften, Herr Goldschmidt, seinen Namen und seine Stellung als Arbeitervertreter dazu hergibt, daß er diese Fraktionslachen mitmacht? Im Wahlrechtsauschuss sitzt er ja auch. Aber obwohl der Ausschuss schon vier Wochen alt ist, hat er noch nichts getan, außer, daß er um Geld bettelt. Wenn er aber ein Wahlrechtsbuch mit Fischbecks und Bachnicks Reden herausgibt, dann wäre es besser, der Ausschuss vertagte sich auf 50 Jahre oder für immer.

Vielleicht wird der gute Mann seinen Groll befänstigen und nun endlich dem Wahlrechtsauschuss der Freisinnigen Volkspartei die verdiente Anerkennung zollen, wenn er hört, daß schon wieder — man denke, schon wieder! — eine große freisinnige Protestversammlung am nächsten Sonntag stattfinden soll. Als Redner sind gewonnen worden: Mugdan, der im Reichstage eben gegen die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Reichsmarineämter wetterte, Rosenow, der intimste Freund Fischbecks, Gylling, der das Königsberger Schreckensurteil verteidigte und eifrig für den Legitimationszwang der Landarbeiter eintrat, und schließlich der Renommiertrabikale der Freisinnigen Volkspartei, der gute, alte Traeger, der zur Belebung der „Protest“-Versammlung vorwiegend einige schlechte Serje fagen und einige gute Wisse machen soll. Eintrittskarten werden bereits in Massen unter den Angelegtesten der liberalen Berliner Kavaliere verteilt; dagegen macht sich auch diesmal die Anwerbung handfester Hausknechte nicht nötig. Da sich Anhänger der freisinnigen Volkspartei genügend bereit erklärt haben, jeden oppositionellen Zwischenfall an die Luft zu setzen.

Interessant wird es auch für den Gewährsmann der Berliner „Volkszeitung“ sein, daß die terroristische Hege der Freisinnigen Zeitung gegen wirklich redliche Wahlrechtskämpfer täglich in immer heftigerer Schimperei ausartet. Von Barth und Genossen“ heißt es heute, daß es sich um einen „planmäßigen, mit kühlem Blute eingeleiteten Verdrängungsversuch gegen die Leitung der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft“ handelt, und daß Barthianer fünfter und sechster Garnitur“, wie Dr. Breitscheid, im Lande umherziehen und mit Hilfe der Sozialdemokraten die eigene Fraktion beschimpfen lassen, daß sie durch Abkommandierungen von Genossenschaftsgenossen aus anderen Orten und Kreisen Versammlungen majorisieren und vermittels Ruhestörungen brutalisieren!

„Zucht und Ordnung!“

Unter jubelndem Beifall der versammelten Agrarier hat der Vertreter des preussischen Ministers des Innern, der Geheime Oberregierungsrat Dr. Heinrich, auf der 26. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates erklärt, daß in den Arbeiterverhältnissen auf dem Lande wieder „Zucht und Ordnung“ geschaffen werden müsse. Diesem Zweck soll zunächst die Einführung des Legitimationszwanges für die ausländischen Arbeiter dienen, während es dahingestellt bleibt, ob die Regierung auch zu erneuerten Versuchen bereit ist, die kontraktlich gebundenen Arbeiter, durch Bestrafung der Arbeitsvermittlung an sie, für vogelfrei zu erklären.

Was die Zucht unter Zucht und Ordnung verstehen, das beweist eine Zuschrift aus landwirtschaftlichen Kreisen,

die die „Deutsche Tageszeitung“ als Leitartikel veröffentlicht, und in der es heißt:

„Eine gewisse Presse hat es ja seit Beginn der siebziger Jahre verstanden, durch Wort und Bild den breiten Massen die Religion und den zutrübenden Sinn zu rauben und sie zur Unzufriedenheit, Begehrlichkeit und Unstetigkeit zu erziehen. Nicht minder demoralisierend wirkt, ich möchte nicht unterlassen, das hier zu erwähnen, das allgemeine Wahlrecht bei den Reichstagswahlen und die übertriebene soziale Gesetzgebung, verbunden mit einer Humanitätsduselei, die dem gemeinen Manne fast jegliche Sorge für seine Zukunft und seine Familie abnimmt und damit sein Pflichtgefühl verkümmern läßt.“

Also fort mit der Pressefreiheit, dem Reichstagswahlrecht, mit der Sozialreform, dann wird in Preußen-Deutschland wieder die „Zucht und Ordnung“ herrschen, die für die Blockbrüder das ersehnte Ziel ist.

Wie Steuerpläne verderblich wirken,

und zwar schon im voraus, bevor sie die gesetzgeberische Sanktion erhalten, zeigt so recht der Einfluß, den die geplante Vandenrosteuer für Zigarren schon jetzt auf die Gestaltung des Geschäftes in der Zigarrenindustrie übt. Der „Breslauer Zig.“ wird darüber von einer großen schlesischen Zigarrenfirma geschrieben:

„Die Regierung plant, auf die Zigarre gleichfalls die Vandenrosteuer zu legen, wie sie bei der Zigarette schon seit 1 1/2 Jahren existiert. Schon das Bekanntwerden dieses Steuerprojektes allein wirkte sofort schädigend und hemmend auf unseren diesjährigen Geschäftverlauf. Jeder Kaufmann, der mit Zigarren handelt, hält schon jetzt im Einkauf zurück und läßt die vielen Verkäufer, welche auf ein lohnendes Frühjahrsgeschäft hoffen, ohne Aufträge, mit der Erklärung, daß er infolge Unsicherheit der Verhältnisse nicht kaufen könne, er müßte erst abwarten, ob die Vandenrosteuer zum Gesetz wird. Was dieser eine Umstand allein für einen enorm großen Verlust, nicht bloß für die direkt Beteiligten, sondern auch für das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands bedeutet, ist leicht erklärlich, wenn man die Größe unserer Zigarrenindustrie in ihrer Beschäftigung von circa 300 000 Arbeitern berücksichtigt, wie weit und breit verstreut dieselbe überall ist, und wie sie mit ihren Fabriken bis tief in das wirtschaftliche Leben jeder einzelnen deutschen Familie hineingreift. Sollte die projektierte Vandenrosteuer wirklich zum Gesetz werden, so sind die Schäden für die Industrie selbst bis jetzt in keiner Weise vorzuziehen. So viel steht fest, daß die Fabrikation der 5- und 6-Pf.-Zigarren, welche den Hauptbestandteil unserer Industrie ausmacht, durch Mehrbelastung von Steuern auf das stärkste getroffen und die Industrie selbst in ihrem Betriebe wenigstens um die Hälfte reduziert wird. Was die Zigarettenindustrie anlangt, so unterscheidet sich die Produktion ganz wesentlich von der der Zigarrenindustrie, indem sie den größten Teil ihrer Fabrikate mit Hilfe perfekterster Maschinen herstellen kann und in Wirklichkeit kaum den zehnten Teil von der Arbeiterzahl der Zigarrenindustrie beschäftigt. Auch hat die Zigarettenindustrie lange nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, indem ja der Einkauf des Deckmaterials bei ihr völlig wegfällt, welcher bei der Zigarrenindustrie einer der wichtigsten und schwierigsten Faktoren ist. Unter anderem sind auch ihre Zahlungsbedingungen von viel günstigerer Natur, da sie nur im allerhöchsten Falle ihren Abnehmern ein dreimonatliches Ziel bewilligt, während die Zigarrenindustrie bei ihrem großen Umfange ein offenes Ziel von wenigstens sechs Monaten gewähren muß. Sollte diese längere Kreditgewährung eingeschränkt werden, so würde durch eine derartige Maßnahme eine große Zahl von Zwischenhändlern überhaupt verschwinden und somit der Mittelstand, auf dessen Erhaltung, als den wichtigsten und steuerkräftigsten Faktor im wirtschaftlichen Leben, doch der größte Wert zu legen ist, wiederum auf das schwerste geschädigt werden.“

Herr v. Stengel wird ja demnächst gehen. Ob aber mit ihm seine Steuerpläne verschwinden, ist noch fraglich. Wenn aber auch, der schon angerichtete Schaden wird sich nicht in allen Fällen wieder gut machen lassen.

Die Agrarier

gaben sich gestern im Zirkus Busch in Berlin ihr gewohntes Stelldichein. 5000 Noileidende benutzten die Gelegenheit, um sich in dem Sündenbabel in Abwesenheit der Frau zu amüsieren. Bei Eröffnung der Generalversammlung behandelte Abg. Dr. Kölske die Blockpolitik und sprach sich, wie angesichts des Verhaltens der sogenannten Liberalen nicht anders zu erwarten, für dieselbe aus; trotzdem war die Freundschaft für das Zentrum aus seinen Worten herauszuhören. Dann sprach Pobjielski, der eine echte, rechte Agrarierpaule losließ. Der Sanjuhdauer Oldenburg verzeigte trotz seiner Blockfreundschaft den Liberalen einige derbe Fußtritte auf ihrer Liebe zu Caprioli. Nach unserer Meinung hat der Mann den Liberalen bitter Unrecht getan; diese sind doch so zahm geworden, daß sie Bülow, Oldenburg usw. aus der Hand fressen. Liebermann v. Sonnenberg und Kauten-Dertel waren gleichfalls von der Rederitis gepackt. Was sie sagten, kann getrost übergangen werden: Es war Kohl. Nachdem schließlich noch ein Feind der Junggeheilen eine Sangesellenkammer gefordert hatte, fand die Versammlung ihr Ende. Das Vergnügen konnte seinen Anfang nehmen und zwar bei Wein, Weib und Gesang!

Die Ostmarken-Vorlage.

Die Ostmarken-Kommission des Herrenhauses hat die Vorlage in zweiter Lesung erledigt; sie entschied definitiv dahin, an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses folgende Änderungen vorzunehmen. § 13 lautet: Dem Staate wird das Recht verliehen, zur Sicherung des gefährdeten Vermögens Grundstücke im Wege der Enteignung zu erwerben. Ferner wird ein § 13a eingefügt, wonach von der Enteignung ausgeschlossen sind Gebäude und Grundstücke, soweit sie Eigentum der Kirchen, Religionsgemeinschaften und milder Stiftungen sind; ferner Grundstücke, die zu einem mehr als zehn Jahre beständigen Familienbesitz gehören, ferner Grundstücke, sofern dem Eigentümer das Eigentumsrecht daran seit mehr als zehn Jahren zusteht oder durch einen Überlassungsvertrag von Eltern und Ehegatten übertragen war; endlich Grundstücke, die der Eigentümer von dem Voreigentümer als dessen Ehegatte oder als dessen Erbe in erster und zweiter Ordnung im Sinne der §§ 1924 und 1925 des BGB. kraft Testaments oder gesetzlicher Erbfolge erworben hat.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst eine organische Reorganisation der Anstaltungskommission für Posen und Westpreußen in die Wege zu leiten und hierbei den Einfluß der beteiligten Oberpräsidenten zu verstärken, sowie eine Mitwirkung der Organe der Selbstverwaltung herzustellen.

Wieder eine Reichsverbandsklage.

Vor einigen Tagen ging durch die bürgerliche Presse die Meldung, für den Genossen Breccour von unserm Kieler Parteiorgan habe in einem Preßprozeß sein Verteidiger Spiegel deshalb für mildernde Umstände plädiert, da der Angeklagte eine „sehr geringe und unvollkommene Bildung“ habe. Daran wurden dann die üblichen Bemerkungen über sozialdemokratische Sigredakteure usw. geknüpft. Jetzt veröffentlicht Rechtsanwalt Spiegel folgende Erklärung:

Ich habe im Gegenteil erklärt, es sei einem Manne von der Bildung und Intelligenz des Angeklagten unmöglich, die von der Anklagebehörde unterstellte Absicht der Beleidigung zuzutrauen. Die mir in den Mund gelegte Äußerung konnte ich um so weniger tun, als mir bekannt war, daß mein Klient nicht zu den Ihnen charakterisierten Sigredakteuren gehört, sondern in der Redaktion seines Blattes ein wichtiges Ressort selbständig bearbeitet. In Wirklichkeit habe ich als strafmildernd nur die mangelnde Urteilsfähigkeit und stilistische Gewandtheit der Gewährsmänner hervorgehoben.

Es ist also wieder einmal genau das Gegenteil von dem richtig, was die bürgerliche Presse gemeldet hatte.

Italien.

Gegen den Religionsunterricht. Aus Anlaß des Jahrestages der Hinrichtung von Giordano Bruno und im Hinblick auf die bevorstehende Beratung der Kammer über den Religionsunterricht in den Schulen fand Sonntag auf dem Campo di Fiore vor dem Denkmal des hinterlassenen Mönchs eine von etwa dreitausend Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, die nach den Reden von vier Sozialisten die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Elementarschulen zu fordern beschloß. Nach der Versammlung kam es zu einigen unbedeutenden Zusammenstößen mit der Polizei, wobei auch mehrere Beamte leicht verletzt wurden.

Rußland.

Eine rätselhafte Affäre. Am 5. Februar wurde auf dem finnländischen Bahnhof in Petersburg der General Bogdanow, der seit acht Jahren in Diensten der finnländischen Gendarmerieverwaltung steht, mit vier Bomben in der Hand verhaftet. Am folgenden Tage brachte der Regierungsmonitor „Nowoje Wremja“ die Nachricht, Bogdanow habe beim Verhör die Erklärung abgegeben, er sei nach Petersburg gekommen, um über eine von ihm aufgedeckte Verschwörung Bericht zu erstatten. Nun bringt das offizielle Informationsbureau am 11. Februar einen detaillierten amtlichen Bericht über diese Affäre, in dem ein langes und breites erzählt wird von einer seit Dezember vorigen Jahres in Wiborg bestehenden verschwörerischen Organisation, der u. a. einige Mitglieder der sozialrevolutionären Partei angehört haben sollen. Diese Organisation hätte sich die Aufgabe gestellt, die Kasse eines Petersburger Regierungsinstituts zu berauben, um „Mittel für die Verwirklichung ihrer verbrecherischen Ziele zu gewinnen“. Die Überführung der in Wiborg für diesen Zweck angefertigten Bomben hätte der Gendarmerie-Unterschiedler Bogdanow gegen das Versprechen, ihm 1000 Rubel von der geraubten Summe auszusahlen, übernommen. Vom 1. bis zum 5. Februar seien die Mitglieder dieser „Käuberbande“ tatsächlich in Petersburg eingetroffen, wo sie von der Geheimpolizei verhaftet worden seien. Wenn die amtliche Darstellung sich bewahrheitet, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Polizei bei dieser Affäre ihre Hand im Spiele gehabt hat. Eine weitere Illustration zur Theorie des Gehilfen des Ministers des Innern Makarow, daß das Lockspiegelum „nichts Geschwätziges“ an sich habe.

England.

„Meuterei“. Der „Daily Chronicle“, das einflussreichste liberale Organ Englands, veröffentlicht einen beinahe verzweifelter Artikel über den Mangel an Disziplin in der englischen Kriegsmarine. Die Zustände seien gefährlich und unhaltbar. Zwischen hohen Offizieren im Dienst und der Admiralität bestehen Differenzen, die in ausgebrochene Streitigkeiten ausarten. Zwischen Admiralen im Dienst gäbe es Jank und Streit. Ein Teil der Heimatsflotte sei eigentlich in einem Zustande der Meuterei, der Meuterei gegen die Admiralität. Unter den Offizieren bestehe die Absicht, dem ersten Seelord der Admiralität Sir John Fisher seine Stellung zu verleißen und ihn zum Rücktritt zu zwingen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 18. Februar.

Zuzug von Mauern und Zimmerern nach Ehrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Bäcker! Die Gefellen der Fahrenkruger Profabrik befinden sich im Streit; kein organisierter Bäcker darf dort Arbeit annehmen.

Streik in der Brotfabrik Fahrenkrug in Holstein, vormals Theodor Severin. Die Differenzen mit der Fahrenkruger Profabrik haben zur einmütigen Arbeitsniederlegung unserer 22 Mitglieder in diesem Betriebe am 16. Februar geführt. Auf das schriftliche Eruchen der Verhandlung an die Direktion der Fabrik, noch mit uns in Unterhandlung wegen Beilegung des Streites, zu treten, hat uns die Fabrikleitung keiner Antwort gewürdigt! Statt dessen magregelte dieselbe am 14. Februar auch noch den Kassierer unserer Organisation, der weiter nichts verbrochen hatte, als daß er im Auftrage seiner Kollegen mit dem Verbands- und Kartellvorsitzenden am 12. Februar verhandelt, mit der Direktion der Fabrik in Unterhandlungen einzutreten.

Role
Lübeck-Marken

Inventur-Ausverkauf

Role
Lübeck-Marken

<p>Ein Posten: Weißbezüge Mk 2.25 Satin- „ sonst 4.50 jetzt 3.25 Damast- „ sonst 6.00 jetzt 4.75 Damast- „ sonst bis 15.00 jetzt 7-9.75</p>	<p>Günstige Gelegenheit für ganze Braut-Ausstattungen.</p>	<p>Ein Posten: Gardinen, 1—3 Fenster, teils für die Hälfte. Bettdecken. Schlafdecken. Teppiche teils für die Hälfte.</p>	<p>Ein Posten: Damen-Hemden 95 Pf. Damen-Beinkleider 95 Pf. Damen-Jacken 95 Pf. Damen-Unterröcke 95 Pf.</p>
<p>Ein Posten: Bunte Bettbezüge 1.95 Mk. Kopfkissen mit Bogen 65 Pf. do. mit Einsatz 95 Pf. do. mit Hohlsaum 1.65 Mk.</p>	<p>Ein Posten: Einzelne Stücke Damen-Wäsche teils für die Hälfte Kinder-Wäsche Erstlings-Wäsche</p>	<p>Tuch- und Sommer-Unterröcke bedeutend im Preise ermässigt.</p>	<p>Ein Posten: Hausschürzen } für Teeschürzen } die Kinderschürzen } Hälfte</p>
<p>Ein Posten: Betttücher ohne Naht 1.75 Mk. Tischtücher 1.45 Mk. Handtücher 35 Pf. Tellertücher Gläsertücher</p>	<p>Bettstellen Matratzen grösste Auswahl am Platze.</p>	<p>Betten, Bettfedern, Daunen — in allen Preislagen. — Einzelne Oberbetten und Unter- betten billig.</p>	<p>Ein Posten: Herren-Krawatten sonst bis 2.00 Mk. jetzt 50 Pf. Herren-Kragen 4fach 8 Stck. 95 Pf. Herren-Unterhemden 1.25 Mk. Herren-Unterhosen 1.25 Mk.</p>

Fernspr. 1396

Lübeck
Untertrave 111-112.
b. d. Holstenstr.

Gebrüder Hefti.

Fernspr. 1396

Lübeck
Untertrave 111-112.
gegenüb.v.Bahnhof

Die Arbeiter-Garderoben
aus der Spezial-Abteilung von
Gebrüder Barg
5 Kohlmarkt 5
sind als sehr gut und billig bekannt.
Lederbosen, Corbhosen, Maurerhosen,
Zimmerm.-Hosen, Zimmerm.-Westen,
Leder-Joppen, Cord-Joppen, blau
Stoff-Joppen, leinen Jacken, Rajen
usw. usw. Rabattmarken oder 4 pCt.

Gebrüder Barg
5 Kohlmarkt 5
empfehlen:
Bettfedern und Daunen
in nur tadelloser Ware.
Großes Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sodass das Füllen von Betten stets
gleich erfolgen kann. Ferner sämtl.
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken oder 4 pCt. in bar.

Lübeck-Genossenschaftsbäckerei

E. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag, den 27. Februar 1908
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1907.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.
4. Verteilung des Reingewinns.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilsscheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei. E. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

NB. Vom 20. bis 27. Februar 1908 liegt die Bilanz, sowie die Jahresrechnung zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Löpferweg 65, aus.

Achtung Hafenarbeiter (zentral)!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 19. Februar 1908

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahlen von Delegierten zum Verbandstag.
2. Stellungnahme zum Verbandstag.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es dringende Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Der Vorstand.

Laut Wahlreglement müssen die Mitgliedsbücher vorgezeigt werden.

Achtung!

Zentralverband der Maurer.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr,

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

(Großer Saal)

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftlichen Unternehmervereinigungen (Kartelle, Trusts etc.) und ihre Bedeutung.
Referent: Genosse **Kaspereck**.
2. Regelung der Ortsunterstützungen.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

NEU-LAUERHOF.

Morgen Mittwoch:

IV. Familien-Abend und Bockbier-Fest.

Anfang 8 Uhr.

Das Kost- und Logiswesen im Handwerk.*)

Unter diesem Titel ist soeben eine Bearbeitung von Richard Calwer im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen. Im Vorwort, welches durch die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges gezeichnet ist, wird in kurzen Strichen die Entstehung dieser umfangreichen Arbeit geschildert. Die Kommission veranstaltete im Jahre 1905 unter den ihr angeschlossenen Verbänden eine statistische Erhebung zu dem Zwecke, die Zustände zu erfassen, welchen die Arbeiter im Kost- und Logiszwang unterworfen sind. Immer unter der Berücksichtigung, daß diese Arbeitererhebungen derartiger statistischer Erhebungen wenig zugänglich sind, infolge des mangelnden Bewußtseins ihrer eigenen Lage, ferner, daß der Logiszwang diese Arbeiter bis zu einem gewissen Grade der Öffentlichkeit entzieht, ist diese Erhebung an sich, sowie auch in ihrem Umfange ein beachtenswerter Beitrag zu dem sozialen Elend dieser in Frage kommenden Berufsklassen.

Einleitend gibt der Verfasser den von der Kommission herausgegebenen Fragebogen wieder, den Wert der einzelnen Fragen, sowie deren richtige oder unrichtige Beantwortung beleuchtend. Leider wurde vielfach festgestellt, daß die einzelnen Fragen nicht in der gewünschten Form ausgefüllt waren, was aber zumeist der mangelnden Intelligenz der Ausfüller zugeschrieben wird. Jedoch gibt das ganze Arrangement der Fragen, die sich ohne Nebenfragen auf 39 belaufen, die Möglichkeit, jeden einzelnen Bogen für sich zu charakterisieren. Calwer mußte denn auch nach Durchsicht der Fragebogen davon ablehnen, den sonst üblichen Modus der Bearbeitung solcher Statistiken zu benutzen. Die Eigenart der Materie und der Fragen, sowie die daraus resultierenden Antworten veranlaßten den Verfasser, gewisse Normen aufzustellen, die man von dem Standpunkte der Hygiene, der Sittlichkeit und dem Allgemeinwohl aus, an die Wohnungen der betreffenden Arbeiter unbedingt stellen muß.

Diese Art der Bearbeitung, das sogenannte Ausschreibungsverfahren ist es, was dieser Arbeit ihren besonderen Wert gibt.

Ausgefüllte Fragebogen sind insgesamt 4234 eingegangen, welche aber zu dreiviertel aus den Berufen der Bäcker, Fleischer und Gärtner und sogar zur Hälfte aus dem Bäckereigewerbe stammen. Im ganzen sind 17 Berufe daran beteiligt, und zwar die Bäcker und Konditoren, Fleischer, Gärtner, Barbier, Müller, Schneider, Gastwirtsgehilfen, Schmiede, Sattler, Masseure und Krankenpfleger, Handels- und Transportarbeiter, Schuhmacher, Handlungsgehilfen, Buchbinder, Metallarbeiter, Lithographen und Tabakarbeiter. Die hier wiedergegebene Reihenfolge der Berufe zeigt die Beteiligung an der Statistik, indem, wie schon angeführt, die Bäcker mit den meisten Fragebogen obenan stehen.

Die Arbeit ist in zwei Hauptabschnitte geteilt. Der erste Teil zeigt uns eine zusammenfassende Darstellung, welche sich wiederum in fünf Teile zergliedert, wovon wir nur die drei wichtigsten Kapitel hier nennen wollen, die Be-

*) Das Kost- und Logiswesen im Handwerk, Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges veranstalteten Erhebung, bearbeitet von Richard Calwer, ist soeben im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen. Der Preis der 225 Seiten starke Broschüre beträgt für die Organisation 70 Pfg., im Buchhandel 8.00 Mk. Bestellungen sind an B. Blum, Adalbertstraße 56, zu richten.

schreibung der Räume, Beschreibung der Einrichtung und Wartung, sowie eine Gruppierung der Logis. Der zweite Teil umfaßt eine Darstellung nach Berufen, wobei die Berufe der Bäcker, Fleischer und Gärtner noch gesondert nach Provinzen bearbeitet wurden.

Calwer hat an der Hand der verschiedenen ortspolizeilichen Bestimmungen über den Luftkubus der Schlafräume, sowie nach den Forderungen, die verschiedene wissenschaftliche Hygieniker an einen bewohnbaren Raum stellen, bestimmte Mindestforderungen aufgestellt, die ein bewohnbarer Raum unbedingt erfüllen soll. Wer sich näher in das Studium der Broschüre einläßt, wird finden, daß der Verfasser sehr bescheidene Forderungen aufgestellt hat. Um so höher ist das Ergebnis der Statistik zu bewerten.

In bezug auf den bloßen Raum stellt der Verfasser folgende Anforderungen auf:

1. Die Bodenfläche muß pro Person mindestens 4 Quadratmeter betragen.
2. Der Luftkubus muß $\frac{1}{6}$ der Bodenfläche ausmachen.
3. Der Luftkubus des Raumes soll pro Person 20 Kubikmeter betragen.
4. Die Fenster dürfen nicht nach Korridoren, Lichthöfen usw. führen.
5. Der Raum muß helzbar sein.
6. Der Raum muß verschließbar sein.
7. Der Raum darf sich nicht im Keller oder auf dem Boden befinden.
8. Der zugehörige Abort muß in sauberem Zustande und zu jeder Zeit zu benutzen sein.

Auf Grund dieser acht angeführten Anforderungen bildet Calwer einen Schlüssel, wonach er die Räume in sechs Gruppen einteilt, je nachdem der Raum einer oder mehreren Anforderungen nicht genügt. Die Methode ergibt eine Klassifizierung der Räume in 256 Grade. Genau in derselben Weise sind auch die Ergebnisse in bezug auf die Einrichtung der Räume und Wartung derselben bearbeitet. In der Bearbeitung werden die Räume in folgender Weise bezeichnet: Gruppe I als einwandfrei, Gruppe II ausreichend, Gruppe III unbefriedigend, Gruppe IV schlecht, Gruppe V sehr schlecht und Gruppe VI als menschenunwürdig.

In bezug auf die Einrichtung der Schlafräume sowie deren Wartung stellt der Verfasser folgende äußerst minimale Forderungen auf:

1. Jede Person muß ein Bett haben.
2. Die Betten dürfen nicht übereinander stehen.
3. Die Wäsche muß regelmäßig gewechselt werden, und zwar die Bettwäsche mindestens alle vier Wochen, das Handtuch aber wöchentlich einmal. Bei Personenwechsel muß die Bettwäsche stets neu gewechselt werden.
4. Die Betten müssen täglich gemacht, der Schlafrum muß täglich trocken und mindestens einmal wöchentlich feucht gereinigt werden.
5. Die Betten sollen ungeleserfrei sein.
6. Es muß ein verschließbarer Schrank vorhanden sein.
7. Für jede Person soll ein Handtuch sowie ein Waschbecken vorhanden sein.
8. Das Zimmer muß abends genügend zu beleuchten sein.

Da ein Raum schließlich allen Anforderungen entsprechen kann, jedoch in seiner Einrichtung und Wartung alles eher als gut zu bezeichnen ist, sowie auch das Umgekehrte der Fall sein kann, so kombiniert Calwer in seinem dritten Kapitel den Raum mit Einrichtung und

Wartung und bezeichnet dies als Logis. Die Einteilung auf die sechs Gruppen, die wir schon oben nannten, erfolgt hier nur nach 36 Gradnummern.

Nach dieser aufgestellten Bewertungsskala gelangt Calwer in bezug auf die bloßen Räume zu folgendem Ergebnis:

	Zahl der Räume	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	137	218
Ausreichend	869	782
Unbefriedigend	585	944
Schlecht	1881	4556
Sehr schlecht	442	1290
Menschenunwürdig	17	48

Insgesamt 3871
oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl der Räume	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	3,76	2,74
Ausreichend	10,94	9,41
Unbefriedigend	16,00	12,18
Schlecht	55,70	58,54
Sehr schlecht	13,10	18,57
Menschenunwürdig	0,50	0,81
100,00	100,00	

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß nur 14,6 Prozent der Räume als einigermaßen befriedigend bezeichnet werden können. Die übergroße Zahl der Räume mußte als schlecht oder sehr schlecht klassifiziert werden. Das Schlimme bei dieser Sache ist aber das, daß in den schlechten Wohnungen die meisten Bewohner in Frage kommen. Der Verfasser gibt auch eine Liste der Städte bekannt, wo Logis getroffen wurden, deren Luftkubus noch unter 10 Kubikmeter beträgt. Nicht weniger wie 82 derartiger Räume konnten festgestellt werden.

Die Resultate der Erhebungen in bezug auf die Einrichtung und Wartung der Räume ergeben ein gleichfalls trauriges Bild. Es geht über den Rahmen dieser Arbeit, den einzelnen Ergebnissen nachzugehen. Wir heben nur folgendes besonders hervor. Nach den oben aufgestellten Bedingungen, die der Verfasser an die Einrichtung und Wartung der Räume stellt, sind:

	Zahl der Räume	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	509	955
Ausreichend	497	1199
Unbefriedigend	239	646
Schlecht	1940	4361
Sehr schlecht	209	584
Menschenunwürdig	1	10

Insgesamt 3395
oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl der Räume	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	14,99	12,82
Ausreichend	14,65	15,46
Unbefriedigend	7,04	8,83
Schlecht	57,14	56,23
Sehr schlecht	5,15	7,53
Menschenunwürdig	0,03	0,18
100,00	100,00	

Bemerkten wollen wir noch, daß in 110 Fällen die Arbeiter kein eigenes Bett hatten, sondern die Lagerstätte mit anderen teilen mußten. Sehr häufig wurde dieses bei den Schneidern festgestellt. Auch das Übereinanderstehen der Betten ist leider noch stärker in der Mode, wie vielfach angenommen wird.

Die Beurteilung der Logis, also die Zusammenfassung des Raumes und der Einrichtung nebst Wartung ergibt folgendes Resultat:

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(28. Fortsetzung.)
Die Königin richtete sich stolz und drohend auf, sie war schön in ihrem Borne. Ihre schlanke Gestalt und dies lange, blasse Oval mit großen strahlenden Augen belebte sich mit süßlicher Lebendigkeit. Der Mund, um den gewöhnlich ein harter Zug lag, zuckte gebieterisch, und die unbewegliche, hochmütige Kälte, welche mit jedem Jahre mehr ihr alle Herzen entfremdet hatte, schmolz in den Gefühlen tief empfundenen Kränkung und des Hasses.

Die junge Königin, welche, so lange sie Herzogin von York gewesen war, verschöndert und mild neben ihrem verhassten Gatten gestanden hatte, die oft gepriesen ward ob ihrer Sanftmut, oft Jakobs aufbrauende und beleidigende Festigkeit vergütete durch ihre freundliche Weise, wurde jetzt als der böse Geist des Königs betrachtet. — Frömmelnd und in den Händen der Pfaffen, fanatisch gläubig und empört gegen die Feinde Gottes, des Papstes und des Königs, die Partei des Volks verabschwendend aus Instinkt und aus Aberglauben, beleidigt von Verleumdungen, die ihre Frauenehre antasteten, und vielleicht noch mehr beleidigt von den Wahrheiten, welche über die Wirtschaft am Hofe, über ihre Feste, über ihre Habgier und ihren Geiz in zahlreichem Spott- und Schmähdichten umliefen, ward sie, die Italienerin, eben so grimmig und glühend gehaßt wie Jakob selbst. — Das kalte Land voll Nebel und das kalte Volk voll nüchternen protestantischer Begriffe über die Macht der Priester und die Macht der Könige waren ihr aufsteigende Feinde. Sie sehnte sich hinaus, sie hieß alles gut, was Jakob tat, und bestärkte ihn in den wahnsinnigen und tyrannischen Täuschungen über sein königliches, höchstes und göttliches Recht.

Vielleicht dachte Jeffreys in diesem Augenblicke an eines der giftigsten Epigramme, das wenige Tage vorher in den Straßen Londons und selbst an den Mauern Whitehalls angeschlagen gefunden wurde und also lautete:

Als Herzogin mild, göttig sonder Zweifel —
Als Königin erprobt als wü'ger Teufel!
Er verbarg sein rotes Gesicht zum gemüthlichsten Lächeln
und sagte mit feiner unerschämten Vertraulichkeit: „Nur

Gebuld, Majestät, wir werden das alles vergelten. Die Zeiten werden wiederkehren, wie damals, wo wir diese Rebellen, deren Väter Rebellen waren seit Adams Zeiten, an ihrer Brut für die Verbrechen strafen konnten, die manche von ihnen noch in den Windeln an des Königs heiligen Rechten begingen.“

Die Königin warf ihm einen gnädigen Blick zu, und die Hofdamen nickten Beifall. Sie gedachten der schönen Zeiten der Aufstände, wo der König und Jeffreys ihnen eine hübsche Anzahl der reichsten Verbrecher überließen, die, nachdem sie lange vergebens ihre Unschuld beteuert hatten, um nicht im Kerker zu verfaulen, oder nach Jamaica in die Sklaverei verkauft, oder halb tot gepöckelt zu werden, oder dem Bloß des Penters zu entkommen, von der Königin und ihren Damen den Wardenbrief mit zwei oder vier und fünftausend Pfund erkaufen, je nachdem sie ausgepreßt werden konnten.

Diese Königin, welche der gnadenreichen Jungfrau Rache gelobte an allen, die ihren Sohn aus der goldenen Wiege zur Flucht auf der Landstraße gezwungen, oder vielmehr es dahin gebracht hatten, daß König Jakob in seiner gefährlichen Narbeit den eigenen Sohn sich selbst voran ins Exil schickte, sie hatte viele Mütter in ganz andres Elend und Herzleid verseht, ohne irgend einen Gewissensbiss zu empfinden. Mit nichtswürdiger Grausamkeit und Habgier teilte sie den Raub der nach Westindien verkauften Unglücklichen mit ihren Damen, erpreßte Geld, wo irgend ein Verfolger Rettung suchte, und plünderte die armen Eltern der kleinen Mädchen in Taunton, die einst Herzog Monmouth bei seinem Einzug in den Ort eine Fahne überreicht hatten. Kinder von zehn Jahren ließ Jeffreys in den Kerker werfen, und nicht eher gingen sie daraus hervor, bis die Königin und ihre Ehren Damen siebentaufend Pfund erhalten hatten.

Jetzt weinte Maria von Modena über die Angst und Not, die dem jungen Prinzen von Wales bereitet waren; was waren diese aber im Vergleich zu den Leiden der Tausende unglücklicher Kinder, was waren die Tränen dieser Königin gegen die zahllosen Tränen, welche hundert und hundert arme Mütter weinten?

„Seid standhaft, teure Maria“, sprach Jakob, sie aufrichtig. „Die Unglücklichen wissen nicht, was sie tun, wenn sie ihre Königin beleidigen, Euch, die Ihr sie liebt und mild und fromm für sie betet.“

Ein Kammerherr trat herein und meldete die Ankunft des Admirals Dartmouth.

Bei diesem Namen runzelte der König die Stirn. Er wandte sich der Tür zu, durch welche eben der tapfere und treue Offizier trat, und sagte im stolzen Tone: „Ihr kommt zur rechten Zeit, Lord Dartmouth. Die Thronen Carer Königin fliehen um Euren Angehörigen. — Warum befolgt Ihr meine Befehle nicht? — Warum unterfangt Ihr Euch, meinen Sohn zurückzuweisen, Schiffe aus dem Hafen von Portsmouth kreuzen zu lassen und Euch seiner Abreise zu widersetzen?“

„Majestät“, erwiderte der Lord unerschrocken, „meine Treue werde ich nicht zu verteidigen brauchen. Aber wie ich Pflichten habe gegen Sie, Eure, so habe ich deren auch gegen England und gegen das Parlament.“

„Ich — ich allein“, rief der König in heftiger Aufregung, „bin Herr des Heeres und der Flotte; ich allein habe zu befehlen, was geschehen soll, und Euer Herrlichkeit ist mein Admiral!“

Der Lord verbeugte sich und sagte dann: „Ich weiß es, Eure, aber ich weiß auch, daß das Parlament von mir Rechenschaft fordern kann und fordern wird, wenn ich die Auswanderung oder die Flucht des Prinzen von Wales befördere.“

„Verdammt sei Euer Parlament!“ versetzte der König mit größter Festigkeit mit dem Fuß stampfend.

„Majestät“, sprach Dartmouth unerschütterlich, „die Flotte hat die Berufung des Parlaments mit unermesslicher Freude erfahren. — Eine Dankadresse an den König ist von mir und achtunddreißig Kapitänen unterzeichnet worden; nur die Gewißheit, daß die Vertreter der Nation bald beisammen sein werden, kann den Gehorsam aufrecht erhalten. Dies frohe Ereignis würde die Flucht des Thronerben Abgen strafen, und wollte ich dazu die Hand bieten, so würde ich ein Verbrechen begehen.“

„Ihr habt nichts zu tun, als meine Befehle zu erfüllen“, rief der König.

„Mein, Eure“, antwortete der Admiral mit beschäidener Festigkeit. „Mein Blut und mein Leben stehen Ew. Majestät zu Gebot, für die Vertreibung Ihres Thrones will ich jeden Tag sterben; aber mein Gewissen ist mein. Ich bin keine Maschine, die Befehle vollstreckt, mögen diese lauten, wie sie wollen. Ich bin Ew. Majestät treuer Diener, ich

Es sind:

	Zahl der Logis	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	48	71
Unreichend	190	373
Unbefriedigend	486	861
Schlecht	2088	4245
Sehr schlecht	547	1558
Menschenunwürdig	17	47

oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl der Logis	Zahl der Bewohner
Einwandfrei	1,42	0,92
Unreichend	5,60	4,66
Unbefriedigend	14,54	11,23
Schlecht	61,84	62,15
Sehr schlecht	16,10	20,42
Menschenunwürdig	0,50	0,62

Über dieses Ergebnis schreibt der Verfasser: „Es ergibt sich somit als Schlussergebnis, daß 83,19 Prozent aller in Frage kommenden Arbeiter schlecht und darunter wohnen müssen und nur 16,81 Proz. ein erträgliches bis einwandfreies Logis haben. Dabei zeigt sich, daß die ungünstigen Logis stärker befehlt sind als die besseren. Die sehr schlechten Logis z. B. betragen 16,10 Proz. der Gesamtzahl; in ihnen wohnen aber nicht weniger als 20,42 Proz. der Bewohner.“

Calwer zeigt uns, in seiner Einzelbearbeitung der Berufe, insbesondere der der Bäcker, die sich über nicht weniger als 64 Seiten hinzieht, eine Menge Glendbilder, desgleichen bei den Fleischern und Gärtnern sowie Barbieren. Man ist versucht, einen Teil dieser Katastrophen an das Tageslicht zu ziehen. Glende Kellerlöcher, ohne Luft und Licht, nicht heizbar, noch einen Verichluß aufweisend, durch und durch von Ungeziefer durchlezt, das sind die Aufenthaltsorte Hundertler ja Tausender von Arbeitern.

Aus der allgemeinen Darstellung wollen wir noch folgendes erwähnen. Die Zahl der in der Statistik bearbeiteten Betriebe beträgt 4010, in denen 13 257 Arbeiter beschäftigt waren, wovon nur 1848 verheiratet waren. Auch ein Zeichen, inwieweit diese Arbeiterschichten noch weit davon entfernt sind, ein kulturelles Leben zu führen. Die Unselbständigkeit, die Vererbung der persönlichen Freiheit gestattet die Gründung eines eigenen Herdes nicht. Daß wir es hiermit in der übergroßen Mehrzahl mit Klein- und Zwerghetrieben zu tun haben, wird durch die Tatsache bewiesen, daß auf den einzelnen Betrieb nur 3,3 Arbeiter kommen. Von den 13 257 Arbeitern sind 67,9 Proz. in Kost und Logis, 1628 oder 12,2 Proz. nur in Logis und 494 oder 9,7 Proz. nur in Kost. In den in Betracht gezogenen Betrieben sind also 2126 Beschäftigte, welche nicht im Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber arbeiten, und dürften hier zum größten Teile die Verheirateten einzurechnen sein. Also 83,8 Proz. der Arbeiter unterliegen diesem Zwang innerhalb dieser verhältnismäßig kleinen Zahl von Betrieben. Wir glauben gar bestimmt, daß der Prozentsatz noch gewaltig gesteigert würde, wenn es gelänge, statt dieser Stichproben eine allgemeine, alles umfassende Erhebung zu veranstalten.

Eine Begleiterhebung des Kost- und Logiszwanges wird durch diese Erhebung aufs neue bestätigt. Den Kennern der Verhältnisse ist es bekannt, daß in den Betrieben, in denen dieser Zwang herrscht, noch ungeheure lange Arbeitszeiten bestehen. Die Antworten auf die Frage nach der Arbeitszeit sind sehr gut ausgefüllt worden und ergeben daher ein einwandfreies Material. Der Verfasser schreibt auf Seite 29 darüber nachfolgendes:

„Es ergibt sich daraus, daß in 1237 Betrieben, das sind 31,6 Proz., die 12stündige Arbeitszeit herrscht. In 606 Betrieben (15,5 Proz.) ist die 11stündige Arbeitszeit, in 421 (10,7 Proz.) die 14stündige, in 359 (9,1 Proz.) eine mehr als 15stündige und in 311 (7,9 Proz.) eine 10stündige üblich. Die genannten Arbeitszeiten gelten etwa in rund 75 Prozent sämtlicher Betriebe. Die übrigen Arbeitszeiten verteilen sich auf das letzte Viertel der Betriebe. Faßt man die Arbeitszeit in 4 Gruppen zusammen, so wird 8—10 Stunden in 108, 10—12 Stunden in 1173, 12—14 Stunden in 1850, 14 und mehr Stunden in 780 Betrieben gearbeitet. Es überwiegen also weitaus die Betriebe mit langer Arbeitszeit.“

lange meine Ehre und die Ehre wie die Gesetze meines Vaterlandes nicht dabei in Gefahr geraten. Weil ich Em. Majestät treu bin, darum stehe ich Sie an, Eure lassen Sie den Prinzen hier, verfühnen Sie sich aufrichtig mit dem Volke, erinnern Sie sich daran, was William Temple einst zu König Karl dem Zweiten sagte: „Ein König von England muß wollen, was das Parlament von England will. Er ist der größte König der Welt, wenn er der Mann seines Volkes ein will, aber sobald er etwas mehr sein will, par Dien! so ist er nichts mehr.“ — Und König Karl drückte Temples Hand und rief: „Ihr habt Recht, ich will der Mann meines Volkes sein.“ — Majestät, seien Sie das auch. — Sie stehen auf der letzten Planke, Eure, bei Gottes Thron! sehen Sie zu, daß Sie nicht fehl treten.“

Der rauhe Seemann streckte seine beiden Hände aus, als wollte er des Königs Arm fassen und ihn halten, aber Jakob trat erzürnt einen Schritt zurück und maß den Admiral mit einem durchbohrenden Blick.

„Weiter habt Ihr mir nichts zu sagen?“ fragte er.

„Nein, Eure,“ erwiderte Lord Dartmouth, „aber ich dachte, ich hätte viel gesagt.“

„Zu viel, woran ich Euren Sinn erkennen kann,“ rief der König. „Wollt Ihr gehorchen in allem, was ich Euch befehle?“

„Ja allem, Majestät, was ich vor meiner Ehre und vor meinem Vaterlande verantworten kann. Den Prinzen von Wales aber in die Hände des Königs von Frankreich liefern, ist Hochverrat!“

„Seht,“ sprach der König stolz, „ich werde Euch rufen lassen, wenn ich Euch brauche. Ihr seid nicht besser, wie die anderen. Ich sehe wohl, alle verlassen mich; es ist Zeit, daß ich mir selbst helfe, wie ich es vermag.“ — Er wandte ihm den Rücken zu. Der Lord verbogte sich mit finsterner Stirn, sein Blick haßte drohend auf Jeffrey, Petre und Barillon; aber er ging mit festen Schritten fort, ohne ein Wort weiter zu sagen und ohne umzuwenden.

„Auch er also — auch er!“ rief Jakob mit Bitterkeit, als Dartmouths das Zimmer verlassen hatte.

„Auch er ist Protekstant,“ sagte Petre leise, „und hängt

Überaus lange Arbeitszeiten fanden sich noch häufig in Betrieben der Mollerei, der Fleischeri, bei den Gastwirtsgehilfen, den Gärtnern und den Masseuren bezw. den Krankenpflegern.

Etwas anders gestalten sich die Verhältnisse, wenn man die Arbeitszeit nach den Beschäftigten ordnet. Für 12 982 Beschäftigte ließ sich diese ermitteln. Auch hier überwiegt die 12stündige Arbeitszeit; während aber bei den Betrieben 31,6 Proz. diese Arbeitszeit haben, sind in ihr nur 3630 Beschäftigte oder 27,9 Proz. tätig. Dafür sind zu 14 Stunden täglich 2081 Arbeiter oder 16,1 Proz. beschäftigt. Faßt man die Arbeitszeit wieder in vier Gruppen zusammen, so sind tätig:

Stunden	Beschäftigte
8—10	232
10—12	3294
12—14	5557
14 und darüber	3899

Es stellt sich also die Arbeitszeit nach den Beschäftigten unterschieden weit ungünstiger, als wenn man nur die Betriebe betrachtet. Die 10—12stündige Arbeitszeit haben 3294 Beschäftigte in 1173 Betrieben, während 14 Stunden und mehr 3899 Beschäftigte in 780 Betrieben arbeiten. Aus dieser Erscheinung wollen wir keine allgemeinen Schlüsse ziehen, aber sie möge doch immerhin besonders hervorzuheben sein: eine große Zahl, und zwar nicht der kleinen und allergeringsten Betriebe, hat nach den Ergebnissen unserer Erhebung die längste regelmäßige tägliche Arbeitszeit.“

Auf Grund dieser Ergebnisse, die hier nur recht knapp gestreift sind, denn das Werk umfaßt 225 Seiten, sind im Schlußkapitel gewisse Forderungen aufgestellt, die zum größten Teil der deutschen Arbeiterschaft schon bekannt sind, durch die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses, der zu dieser Materie in einer deutlichen und klaren Weise in Form einer Resolution Stellung nahm. Auch wird darauf hingewiesen, daß unsere heutige Gewerbeordnung in keiner Weise den Anforderungen genügt, die wir in bezug auf das Traktat und dessen Abschaffung stellen. Die Erhebungen dieser Kommission haben den Beweis erbracht, daß vier Fünftel aller in Frage kommenden Arbeiter in Logis und Räumen leben müssen, die für Menschen nicht in Betracht gezogen werden dürften. Im weiteren zeigt uns die Broschüre, obgleich eine statistische Aufarbeitung nicht stattfinden konnte, infolge der Schwierigkeit der Materie und der damit verbundenen mangelhaften Ausfüllung der diesbezüglichen Fragen, daß die Kost in außerordentlich vielen Fällen alles zu wünschen übrig läßt. Die Berechnungen, die für die Kost und das Logis bei der Lohnfestsetzung gemacht werden, entsprechen in den allergeringsten Fällen den minimalen Aufwendungen.

Wer die tieftraurigen Verhältnisse dieser in Frage kommenden Arbeiterschichten kennt, wird es lebhaft begrüßen, daß die Kommission diese Erhebung veranstaltet hat. Ein greller Lichtschein wird hier in Tausenden von Arbeiterleben geworfen. Hoffen wir, daß diese ausgezeichnete Arbeit ein Mistreiter auf dem Wege wird, den die Kommission schon seit Jahren verfolgt: Böllige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.

Soziales und Parteileben.

Der Siebenstundentag. Auf Grund gegenseitiger Verhandlungen wurde zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Steinbildhauergewerbes zu Chemnitz folgender Vertrag vereinbart: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März 1908 ab 7 Stunden täglich. 2. Die Löhne werden nach Leistung bezahlt, der Mindestlohn ist 6 Mk. täglich. 3. Die Gehilfen müssen eigenes Werkzeug haben, das Eisenschärfen bezahlen die Unternehmer. 4. Kündigung besteht nicht. 5. Gehilfen dürfen keine Kostenaufträge machen und Arbeiten selbständig übernehmen. — Bisher galt die 7 1/2stündige Arbeitszeit. Durch die Einmütigkeit der Steinbildhauer wurde die Arbeitszeitverkürzung ohne Kampf durchgeführt.

Ein „nationaler“ Mißerfolg. So lange die Ortsfrankenkasse in Leipzig besteht, ist die Beteiligung bei den Vertreterwahlen nicht so hart gewesen, wie bei der am Donnerstag vollzogenen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die sogenannten „nationalen“ Arbeiterverbände

wie alle diese Keger mit geheimen Fäden an dem Parlament.

„Gängen sie nicht alle daran?“ sprach der König, „verleugnen sie nicht alle mein Recht, das ich von Gott habe? Ja! nicht ein Atom sollen sie bekommen, aber ich will sie büßen lassen. — Es bleibt nichts übrig,“ fuhr er fort, sich zu Barillon wendend, „als euren Vorschlag anzunehmen.“ — Die Engländer verlassen mich, so mag es denn ein Franzose sein, der die Königin von England und den Thronfolger in Sicherheit bringt. Ihr habt mir den Grafen Lauzun empfohlen, Marquis, steht Ihr für ihn ein?“

„Mit meinem Leben,“ sagte Barillon. „Ich kenne Lauzun genau, er ist der kühnste, entschlossenste Mann, der je gelebt hat. In gefährlichen Abenteuern aufgewachsen, kennt er keine Gefahr; er wird die Königin und den Prinzen nach Frankreich führen oder sterben.“

„Wohlan denn,“ erwiderte Jakob; „Graf Lauzun ist einer der ritterlichsten Herren, die an meinem Hofe seit langer Zeit erschienen sind, auch die Königin hat Vertrauen zu ihm. — Ist es nicht so, Maria, habt Ihr nicht selbst schon von Lauzun gesprochen, und glaubt Ihr Euch seiner Begleitung anvertrauen zu können?“

Barillon und Petre hatten alle Verabredungen getroffen, sie wußten, daß die Königin sich günstig erklären würde.

„Ich habe mehr Vertrauen zu ihm,“ sagte Maria von Modena, „als zu irgend einem Engländer, der sich zu meiner Begleitung erbieten könnte.“

„Still!“ rief der König, „mutige Herzen und tapfere Männer gibt es in England genug, aber der böse Feind hat ihre Augen verblendet. — So bereitet Euch denn, heute nacht muß es geschehen. Ihr müßt fort, damit ich nachfolgen kann. — Laßt es ein tiefes Geheimnis sein, denn nicht gering ist die Gefahr. Am Mittwoch, Barillon, soll Lauzun in meinem Vorzimmer warten.“

„Er wird bereit sein,“ sprach der Gesandte, „nur die eine Bitte mag er, daß sein Landsmann und Freund, der Chevalier Saint Viktor, ihn begleitet.“

„Saint Viktor,“ sagte Jakob lächelnd, „wird eben so sehr von unseren Damen vermüht werden wie Graf Lauzun. Wo

mit einer eigenen Liste angerückt waren und alle mit außerordentlicher Anstrengung arbeiteten. Trotz des mit allerley Verdächtigungen gegen den Kassenvorstand geführten Kampfes der „Nationalen“ sind diese rührigen Freunde der Arbeiterinteressen mit ihrer Liste schmächtig durchgefallen. Von den 34 536 abgegebenen Stimmen fielen über 81 000 auf die Liste des Gewerkschaftsartells und nur etwas über 3000 auf die Liste der „Nationalen“.

Stolz ließ ich den — Unternehmer. Den Dachdeckern in Stendal, welche wegen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeitgeber zu einer Versammlung eingeladen hatten, ging folgendes Schreiben zu:

Stendal, den 20. Januar 1908.

An den Vorstand der Filiale des Zentralverbandes der Dachdecker, zu Händen des Herrn Wolfenhaar.

Antwortlich Ihres Gechtes vom 27. Januar 1908 hierdurch die Mitteilung, daß es uns heute nicht möglich ist, zu Ihrer Versammlung zu erscheinen, denn einige Meister sind durch Krankheit behindert! Wir möchten auch bitten, eine Versammlung mindestens acht Tage zuvor bei uns anmelden zu wollen, indem wir als Arbeitgeber nicht zu jeder Stunde über unsere Zeit verfügen können. Wir machen Ihnen den Vorschlag, eine Zukunftsversammlung möglichst bald, aber Mitte der Stadt einzuberufen, denn als Arbeitgeber verkehren wir nicht in Ihrem dortigen Lokale.

Ihrem gefälligen Antwort entgegengehend, zeichnet

Hochachtungsvoll

J. A.: Der Schriftführer.

Als Unterschrift Stempel:

Arbeitgeber-Verband

für das Dach- und Schieferdeckergewerbe der Altmark,

Sitz Stendal.

Dieser altmärkische Arbeitgeberverband hat in Stendal ganze sechs Mitglieder, die ein recht beschauliches Dasein führen. So stolz brauchen sie deshalb nicht zu sein. Jedemfalls werden die Verhandlungen an der Lokalfrage nicht scheitern. In solchen Dingen sind die Arbeiter eben toleranter als die Herren Arbeitgeber.

Die Unternehmer rüsten! überall und in allen Branchen rüsten jetzt die Unternehmer zu kommenden großen Kämpfen. Das beweist auch folgendes Zirkular, das nach berühmten Muttern den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat:

Streng vertraulich!

P. P.

Da sich in letzter Zeit die Agitation unter der Arbeiterschaft wieder lebhafter bemerkbar macht und Streiks in den verschiedensten Orten — Annaberg, Buchholz, Gotha usw. — vorgekommen sind, hat sich der unterzeichnete Vorstand eingehend mit der Frage der Streikversicherung beschäftigt. Kein Fabrikant ist heute auch nur einen Tag vor Streik sicher. Eine unabwiesbare Pflicht eines jeden ist es daher, sich dafür soweit wie irgend möglich zu schütten. Diesen Schutz kann aber nur eine auf breiter Grundlage errichtete Versicherungsgesellschaft bieten, die sich auf möglichst alle Branchen verteilt, während kleinere Arbeitgeberverbände gegen die mächtigen und kapitalstarken Arbeiterorganisationen nichts ausrichten werden. Wir empfehlen daher dringend den Anschluß an die bestehende Streikversicherungsgesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller und haben es uns zur Aufgabe gemacht, unseren Mitgliedern hinsichtlich der Bedingungen einige Vergünstigungen zu verschaffen.

Wir richten daher an alle Herren Kollegen, die eine Versicherung abschließen wollen oder es schon getan haben, die Bitte, dies dem Vorsitzenden unseres Verbandes, Herrn Gustav Stade, melden zu wollen.

Der Vorstand des Verbandes

der Kartonnagenfabrikanten für Dresden und Umgegend.

Eine dringende Mahnung an alle in der Kartonnagen-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sich ihrer Organisation anzuschließen. Die Unternehmer rüsten, um dem Andrängen der erstarkten Gewerkschaftsbewegung nach menschenwürdiger Lebenshaltung entgegenzutreten zu können.

Die Hirsche wollen Lebuis abschütteln. Der bekannte Lebuis, der jetzt „geistiger Führer“ der Gelben ist, hat es zunächst bei den Hirschen mit einer Galstrolche verwechselt. Die Konstatierung dieser Tatsache durch die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ war den Hirschen sehr unangenehm. Im „Regulator“, dem Organ der Hirsch-Dunckerischen Gewerbetreibenden, wurde glatt bestritten, daß Lebuis bei ihnen eine Vertrauensstellung innegehabt hätte. Die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ strift den „Regulator“ jetzt Bienen durch den Abdruck der Sitzungsprotokolle des Zentralrates. Es heißt darin unter anderem: „Am 18. Januar 1908 berichtete das Bureau, daß die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ zunächst ohne feiten Kontrakt vom Verbandskollegen Lewin und vom Schriftsteller Lebuis unter Mitwirkung des Verbands-

zwei Sterne der Courtoisie mit einem Male erlöschen, wird die Finsternis doppelt schrecklich sein. Aber nur Geduld, wir finden uns alle wieder.“

Er wandte sich zu Lord Powis und reichte ihm die Hand. — „Ihr seid treu,“ rief er, „Euch kann ich vertrauen.“

„Bis in den Tod, Eure,“ erwiderte der Lord. — „Was auch kommen mag, Em. Majestät Wille ist mein einziges Gesetz.“

Des Königs Gesicht erheiterte sich. — „Die Treue geht doch nicht unter auf Erden!“ rief er, „wie die Feinde der Menschheit auch daran wühlen. Verlaßt mit Eurer Gemahlin sofort London, Mylord, und begehrt Euch nach Graveyard. Sucht vorher unter meinen irischen Offizieren, die Ihr kennt, Euch drei der tüchtigsten Männer aus, die einzeln Euch folgen. In Graveyard findet Ihr eine Jagd; dieser Befehl sagt alles, was Ihr weiter wissen und tun sollt, er beglaubigt Euch zugleich. Ich rechne auf Eure Pünktlichkeit.“

„So lange ich noch atmen werde,“ sagte der Lord, des Königs Hand küßend, „soll kein Buchstabe unersüßt bleiben.“

„Das ist ein Mann!“ sprach Jakob, ihm zärtlich nachblickend, „warum sind sie nicht alle so?! England würde glücklich sein, ich würde es glücklich machen. — Er stürzt sich in Gefahren, ohne mit den Augen zu zucken. Laßt uns gemeinlich in der Kapelle die Erfüllung unserer Hoffnungen beten.“

Und während der betörte König auf den Stufen des Altars lag und Segen für das Unheilvollste vom Himmel ersuchte, was er je eronnen, breitete die Nacht sich über London aus, das in der bestigsten Gärung war. — Auf den Straßen mochte das Volk, dunkle Gerüchte von Plänen des Hofes, der Katholischen und der Irländer füllten es mit Verdacht. Bewaffnete Milizen zogen umher, vermischt mit Arbeitern und Matrosen. Jedes fremde Gesicht wurde angehalten, jeder Unbekannte mußte Rede stehen; bei dem geringsten Zeichen von Verlegenheit, oder weil sein Gesicht Argwohn erregte, wurde er als verkappter Jesuit aufgegriffen und vor den nächsten Magistrat geschleppt.

(Fortsetzung folgt.)

redakteurs Goldschmidt geführt werde." Im Protokoll vom 15. Februar 1906 ist bemerkt: „Als Gäste nehmen an der Sitzung teil die Redakteure Lewin und Lebus.“ — Protokoll vom 17. Mai 1906: „Als Gäste nehmen an der Sitzung teil: Lebus, Lewin.“ — Protokoll vom 31. Mai 1906: „Als Gäste sind anwesend: Die Verbandskollegen Lewin und Lebus.“ Es ist also klar dadurch erwiesen, daß Lebus, ehe er bei den Selben landete, eine Vertrauensstellung bei den Hirsch-Dumckerischen innegehabt hat. Das charakterisiert sowohl die Hirsch- als die Lebus.

Parteibilder-Vertrieb. Folgende Warnung, der wir uns nur anschließen können, veröffentlicht unser Dortmunder Parteiblatt: Wie uns mitgeteilt wird, läßt ein Leipziger Unternehmer, angeblich ein Parteigenosse, durch Reisende eingetragene Porträts von Nebel, Liebknecht und Marx-Engels-Lassalle (in Eisenrahmen) zum Preise von 12.50 Mk. pro Paar bzw. 12 Mk. für ein dreiteiliges Bild vertreiben. Wir erklären unseren Parteigenossen, daß die Partei nicht diesem Vertrieb oder mit dem Verleger der Bilder nicht das mindeste zu tun hat. Unsere Buchhandlung hat es abgelehnt, sich mit dem Verkauf der Bilder zu befassen, da uns der Preis derselben entschieden viel zu hoch angesetzt erscheint. Wir sind der Meinung, daß die Verehrung, die das Proletariat seinen Vorkämpfern und Führern entgegenbringt, nicht dazu benutzt werden sollte, um mittels eines unständlichen und kostspieligen Vertriebsapparates (durch Detail-Reisende) den Genossen das Geld abzuziehen.

Sozialistische Wahlschritte in England. In der Erziehung in Süd-Deeds behielten zwar die Liberalen das Mandat, aber ihre Mehrheit ging von 2170 auf 359 herunter. Als bezeichnend hebt die „Frank. Ztg.“ den Umstand ausdrücklich hervor, daß der Sozialist Fox, der 1906 wie diesmal als dritter Kandidat aufgetreten ist, seine Stimmenzahl von 403 auf 2451 vermehrte.

Wurst wieder Wurst. Die sozialdemokratische Fraktion im badischen Landtage hat es abgelehnt, der Einladung des Ministers Marschall zu einem parlamentarischen Abend Folge zu leisten. Vor zwei Jahren nahmen die Sozialdemokraten an dem parlamentarischen Abend teil. — Damals wurden sie nämlich anständig behandelt.

„Gleiches Recht für alle!“ In Darmstadt wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Stadtverordneten das Gesuch des neuen Darmstädter Parteiblattes „Volkstreuend“ um Überweisung der amtlichen Bekanntmachungen nach lebhafter Debatte mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Es wurden von den bürgerlichen Stadträten lebhafteste Klagen über den „verleumdenden Ton“ des Blattes erhoben.

Strafkonto der Presse. Wegen einer dem „Sächsischen Volksblatt“ entnommenen Notiz mit der Spitzmarke: „Ein Reichstagsverwandter als Denunziant“, in der ein Vorkommnis in einer in Marneitirchen abgehaltenen gegnerischen Versammlung kräftig kritisiert und als der Denunziant irrtümlich der Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Mertens, genannt wurde, hatte sich Genosse Max Müller von der „Volkstreuend“ zu Chemnitz zu verantworten. Es handelte sich bei dieser Sache um eine dem Berichtshalter unterlaufene Namensverwechslung, die längst berichtigt worden ist; das Denunziantenstückchen selbst ist Lausache. Genosse Müller wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Wegen angeblicher Beamteneileiung wurde Genosse Jörn am „Volkstreuend“ zu Saalfeld vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Unter Anklage stand eine unter „Steinbach“ veröffentlichte Notiz, in der die Vorgänge in Steinbach gestreift waren und die sich ferner mit der Vernehmung von Zeugen durch den Feldlager beschäftigte. Der Anwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Totenliste der Partei. In Genf ist unser Parteigenosse Fritz Thiebaud gestorben, der anfangs der 90er Jahre Staatsrat und als solcher der erste sozialdemokratische Minister in der Schweiz war. In seine Regierungszeit fiel der große Straßenbahnerstreik, demgegenüber er die Maßnahmen der Regierung, wie z. B. das Militäraufgebot, widerspruchslos mitmachte und dadurch seine Stellung in der Partei derart erschütterte, daß sie ihn bei der nächsten Neuwahl nicht wieder als Ministerkandidaten aufstellte. Die Regierung setzte für ihn insofern, als sie ihn zum Direktor des Asyls für verwehrte Kinder ernannte, womit er eine Exilienz und das Amt eines tüchtigen Mann erhielt, der er trotz alledem war. Ursprünglich war Thiebaud Uhrmacher.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 17. Februar 1908.

103. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kraetke.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt.

Wiedberg (Z.) verlangt, daß die Arbeitszeit der Telephonarbeiter weiter herabgesetzt werde, fordert Besserstellung der Telegraphenarbeiter und befreit dem Abg. v. Treuenfels entschieden das Recht, den Fall Schellenberg mit dem Fall Grandinger zu vergleichen. (Zustimmung im Zentrum.)

Gichhorn (SD.): Ich muß noch einmal auf die Frage des Briefgeheimnisses zurückkommen. Herr Hamecher hat in den Ausführungen meines Freundes Singer eine Beleidigung der Postbeamten sehen wollen. Er hat ein natürliches Interesse, seine Kollegen zu verteidigen; aber er sollte doch an die früheren Verhandlungen der parlamentarischen Körperschaften und an die Geschichte seiner eigenen Partei denken. Nach dem Eingeständnis des ehemaligen preussischen Ministers von Hammerstein haben sich an einen Charlottenburger Briefträger, der in der Pestalozzistraße Briefe zu bestellen hatte, Leute herangedrängt, die ihn zur Auslieferung der Briefe bewegen wollten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Minister fügte hinzu, die Postboten hätten keinen Anhalt dafür, daß jene Leute Polizeispione wären. (Lachen b. d. Soz.) So dumm werden die Achtarsohnenjungen nicht sein, daß sie sich als solche offenbaren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die früheren Abgeordneten Hase und Kuner haben attemäßig Verleumdungen des Briefgeheimnisses nachgemien. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch der frühere Zentrumabgeordnete Schorlemer-Ast hat im Reichstage seiner Zeit erklärt, zwei Postbeamte hätten zugegeben, angewiesen zu sein, auf Briefe an ihn zu achten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das war zur Zeit des Kulturkampfes und damals war das Zentrum unbedingt Oppositionspartei. Zum Fall Schellenberg, der anderweitig genügend beleuchtet worden ist, sage ich nur deshalb noch einige Worte, weil der Staatssekretär in seiner widerspruchsvollen Polemik die allerhöchsten Ausdrücke gegen uns gebraucht hat. Schellenberg ist weder Beamter, noch Sozialdemokrat. Er hat in der Stichwahl für uns gestimmt, wie Herr Kräfte infolge des Blöckabkommens für den Freisinnigen gestimmt hat, ohne darum ein freisinniger Mann zu sein. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Wenn der Staatssekretär bestreitet, daß eine Maßregelung vorliegt, so ist das ein müßiger Streit um Worte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dr. Schellenberg

ist jedenfalls auf Grund des Geschwäzes einer Kellnerin und der perfiden Denunziation eines Postrats gekündigt worden. Dabei handelt es sich um einen Arzt, bei dessen Beruf die politische Gesinnung gar keine Rolle spielt. Auch ein Sozialdemokrat kann Postbeamte von Krankheiten heilen, die durch dienliche Überanstörungen bei ihnen entstanden sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Am Sonnabend sagte nun der Staatssekretär: „Ich habe Schellenberg kündigt, weil ich doch nicht habe jenen Postbeamten sagen können: Dr. Schellenberg ist gar kein Sozialdemokrat, es ist kein Mädel an ihm.“ Damit hat sich der Staatssekretär eine ganz unerhörte Bemerkung gegenüber meiner Partei erlaubt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Er hat eine Partei mit 3/4 Millionen Wählern in unerhörter Weise beleidigt. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Jede parlamentarische Ausdrucksweise verlagert gegenüber solchen Worten und ich finde kein anderes Wort für die Äußerung des Staatssekretärs, als daß sie eine Unverschämtheit war. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.

Gichhorn (fortfahrend): Gerade der Staatssekretär sollte sich überlegen, ob sich derartige Äußerungen, wie er sie gemacht hat, empfehlen. Will man alle Sozialdemokraten ausschließen, so wird man den Postbetrieb und andere Staatsbetriebe lahm legen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Staatssekretär hat ungeschickt ein System des Terrorismus proklamiert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Jurist rechts: Sie treiben selbst Terrorismus! Das ist nicht wahr! In zahlreichen Genossenschaften und Krankenkassen, in denen wir die Mehrheit haben, sind Beamte angestellt, die unsere politischen Gegner sind. Nicht von uns, sondern von unseren Gegnern wird Gesinnungsschneiferei getrieben. Die Rechte, die immer von sozialem Frieden spricht, sollte in ihrem eigenen Interesse nicht für Maßregeln einreten, die zur Verschärfung der sozialen Kämpfe führen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir stimmen natürlich für die Resolution auf Herabsetzung der Ort-portosätze, wenn wir uns auch wundern, daß diese Resolution von den Untermitteln eingebracht worden ist, die früher Feuer und Flamme für die Portorerhöhung waren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man sollte auch die Postanmeldegebühr herabsetzen; die Einnahmen würden dadurch nicht vermindert werden. — Die regelmäßige Veripatung des Schaltergeschlusses wird durch die Rücksichtslosigkeit der Pforzheimer kleinen Unternehmer verurteilt. Diese haben direkt verboten, die Pakete früher als kurz vor 8 Uhr zu frankieren. Die Arbeit ist dabei, die Arbeiter 1 bis 1 1/2 Stunden länger zu beschäftigen. So kommt es, daß die Schalter statt um 8, vielmehr erst um 10 Uhr geschlossen werden, wie ich mich selbst überzeuge. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß die Pforzheimer Handelskammer sich gegen den früheren Schaltereschluß erklärt, vertritt sich am Kande. In ihr sitzen nämlich die Fabrikanten. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß man jetzt eine neue Kategorie akademischer Postbeamten schaffen will, ist geradezu eine Beleidigung gegen die bisherigen Beamten. Der wahre Grund dieser sogenannten Reform ist, daß man für minderfähige Eöhne der Bourgeoisie, die ein paar Jahre lang das Kopfschütteln durchgemacht, neue bevorzugte Stellen schaffen will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Betreten um die Gunst der Beamten brauchen wir nicht mitzumachen. Wir sind längst für die Aufbesserung der Beamten eingetreten. Die bürgerlichen Parteien haben unsere Anträge aufgenommen, aber stat verweigert. Wann das Beamtengesetz kommen soll, weiß ja selbst Herr Zwele nicht. Ich sehe nicht ein, warum man so große Rücksicht auf Preußen nehmen will. Die Mittel wären schon zu beschaffen, wenn die Herren, die den Hauptvorteil von der Leuerung haben, in die Taschen greifen und direkte Steuern bewilligen wollten. (Zustimmung bei den Soz.) Wir verlangen eine allgemeine Aufbesserung, die besonders auch den Unterbeamten zugute kommt. — Beamte sind wegen einer Kritik des Staatssekretärs bestraft worden. Der Staatssekretär sprach sich über diese Kritik etwas recht hochmütig aus. Er sprach von der notwendigen Sachkenntnis. So viel Sachkenntnis, wie sie der General hatte, der vor Herrn Kräfte an der Spitze der Postverwaltung stand, werden auch wohl die Abgeordneten noch haben, wenn Beamte mit Beschwerden an sie herantreten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Oberpostdirektion in Chemnitz hat einen Unas erlassen, der dem beschwerdsüchtigen Beamten unachtsamlich Einbrechen androht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Danach ermesse man, was es heißt, wenn der Staatssekretär die Beamten auffordert, Vertrauen zu ihm zu haben. — Mit den gehobenen Stellen scheint die Postverwaltung den Grundsatz „Teile und herrsche!“ zu befolgen. Eine Güntlingswirtschaft ist die Folge und die neuen, eigentlich bloß formalen Prüfungen werden daran nichts ändern. Weit besser, als gehobene Stellen, würde die allgemeine Hebung der Unterbeamten sein. (Zust. b. d. Soz.) — Die Beschwerden über die lange Arbeitszeit hat der Staatssekretär nicht widerlegen können. Über 22 Prozent aller Beamten haben mehr als 10 Stunden Dienst pro Tag. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man stellt kein Aushilfspersonal an, obwohl sol. es mehr als reichlich vorhanden ist. — Von einem Abnehmen der Bestrafungen ist in der Tat keine Rede. Wenn man ungerechterweise den Beamten das Koalitionsrecht vorenthält, so hätte man die doppelte Pflicht, sie anständig zu bezahlen. Die Hungerlöhne, die man den Unterbeamten zahlt, sind nach der Feststellung eines Richters direkt ein Anreiz zur Unterschlagung. (Unruhe rechts, sehr wahr! b. d. Soz.) Für die negative Sozialpolitik ist es auch bezeichnend, daß die Gesundheitsverhältnisse der Postbeamten besonders schlecht sind. — Herr Gichhoff hat sich durch besondere Kunststücke das Wort vor anderen Rednern verschafft, um den Beamten das Streikrecht abzuspüren. Wir verlangen, daß den Beamten und Arbeitern das volle Koalitionsrecht gegeben wird. Die Ausschüsse haben nur Wert, wenn ihre Grundlage, das Recht der freien Vereinigung, gewährt wird. Bessere Verhältnisse werden erst dann eintreten, wenn in dieser Beziehung Wandel geschaffen ist und wir nicht mehr solche Äußerungen von Kurzsichtigkeit und Parteigehässigkeit hören, wie die des Staatssekretärs in den letzten Tagen. (Bravo! b. d. Soz.)

Wizepräsident Baasche ruft den Redner zur Ordnung, weil er dem Staatssekretär Kurzsichtigkeit und Parteigehässigkeit vorgeworfen habe.

Staatssekretär Kraetke: Ich halte aufrecht, daß die Beschuldigungen des Abg. Singer wegen Verletzung des Postgeheimnisses leichtfertige Verdächtigungen sind. Ich muß verlangen, daß Namen genannt werden. (Sehr gut! rechts.) Wenn jemand, der einen Briefträger auf der Straße nach einer Wohnung fragt, ein Spitzel ist, dann bin ich auch ein Spitzel. Man wirft der Postverwaltung Unduldsamkeit vor, aber ein sozialdemokratischer Führer hat gesagt: Wer nicht gehorcht, der fliegt hinaus. (Lachen bei den Soz. Sehr gut! rechts.) Die Postverwaltung bezahlt ihre Leute anständig und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß hier auf der Tribüne gesagt wird, schlechte Bezahlung berechtige zur Unterschlagung. (Widerspruch bei den Soz. Beifall rechts.)

Frhr. v. Gampel = A s s a u n e n (Kpl.): Briefe kommen leicht an eine falsche Adresse. Herr Singer hat mindestens sehr leichtfertig gesprochen. Die Sozialdemokratie ist ganz besonders intolerant. Sozialdemokraten kann die Staatsverwaltung nicht dulden. (Bravo! rechts. Zuruf bei den Soz.: Dann möge sie uns alle herausmerken.) Ja das geht leider nicht. Ich stelle den Herren übrigens gern eine Insel zur

Verfügung. (Zuruf b. d. Soz.: Stellen Sie uns doch endlich erst ihr längst versprochenes Gut zur Verfügung. Hört.) Die Verwendung von Frauen im Postdienst ist nicht ganz zu vermeiden. Die Herabsetzung des Ortportos wäre eine unwürdige Bevorzugung der Großstädte. Die Briefbestellungen könnten ruhig eingeschränkt werden und die Briefe bräuchten nicht doppelt gestempelt zu werden. Wohlthätigen Vereinen sollte man für Massenaufgabe von Postkarten eine Ermäßigung gewähren. Herabsetzung des Paketportos würde nur die Warenhäuser begünstigen. Koalitionsfreiheit kann man den Beamten nicht gewähren. (Bravo! rechts.)

Wizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß ein Antrag Graf Gampel (Kpl.) auf namentliche Abstimmung über die Resolution Gampel betr. die Ostmarken zu lagern eingelaufen sei.

Hug (Z.) (unverständlich), scheint über den Postbesatz zu sprechen.

Dr. Böhm (Wg.) wirft dem Abgeordneten Gichhorn Kuppigkeit vor und tritt für die Telegraphenarbeiter ein.

Derken (Rp.) befürwortet die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungskalkül.

Duffner (Z.) tritt um Verbilligung des Portos bei Blindenschriften.

Lehmann = Wiesbaden (SD.): Als Vertreter von Wiesbaden muß ich noch einmal auf den Fall Schellenberg zurückkommen. Der Staatssekretär hätte auch, wenn Herr Schellenberg Beamter gewesen, kein Recht, ihn wegen seines Wählens zu entlassen. Der Treueid des Beamten verlangt lediglich, daß der Beamte die Gesetze und die Verfassung beachtet. Die Verfassung aber gibt dem Beamten das Recht, zu wählen wie er will, und nur der verfährt gegen die Verfassung, der den Beamten daran hindert. (Zust. bei den Soz.) Der Kaiser hat keinen Befehl erlassen, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen darf. Ein solcher Befehl wäre auch ein Übergriff und stünde im Widerspruch mit der Reichsverfassung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Früher haben auch bürgerliche Parteien diesen Standpunkt vertreten, so hat Herr Dr. Lieber, der Zentrumsführer, dem Staatssekretär Bobbelski gegenüber mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß zwar die sozialdemokratische Agitation seitens der Beamten nicht zu dulden sei, daß dagegen die sozialdemokratische Gesinnung der Beamten den Staatssekretär nichts angehe. Es kommt noch hinzu, daß die Postverwaltung ein völlig unpolitisches Ressort ist. Wir können einer solchen Verwaltung keine Mittel geben, um ihre Beamten zu belohnen zu machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daß die Verwaltung die Arbeiterausschüsse auflöst, wenn ihr mißliebige Personen hineingewählt werden, hat sogar das Reichstagsmitglied Dr. Böhm tabellend erwähnt. Wenn die bürgerlichen Parteien Mut und Konsequenz hätten, müßten sie das Gehalt des Staatssekretärs ablehnen. (Zust. b. d. Soz. — Heiterkeit i. Block.) Ein solcher Staatssekretär dürfte keine 24 Stunden im Amte bleiben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Gichhorn (SD.): Es ist uns nicht eingefallen, die Postbeamten zu beleidigen; wir haben uns nur gegen die Machinationen der Polizeispitzel gewandt. — Ebenso wenig habe ich die Unterschlagungen gerechtfertigt. Ich habe nur den miserablen Lohn der Postboten als Milderungsgrund bezeichnet.

Die Abstimmung über sämtliche Resolutionen wird bis zur dritten Lesung verschoben. Das Gehalt des Staatssekretärs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. Schrader und Dr. Dohrn (Fr. Vgg.) bewilligt.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Titel kommt beim Kapitel Besoldung der Beamten.

Erzberger (Z.) auf die Audienz der Postdirektoren beim Staatssekretär zurück. 4 Monate hätte man die Leute ohne Bescheid gelassen, da kann man ihnen nicht verdenken, daß sie sich an die Abgeordneten wandten. Dazu kommt, daß man ja noch gar nicht weiß, ob die Beamtensvorlagen noch in dieser Session kommen. (Hört, hört!) Redner protestiert dagegen, daß das akademische Studium zur Vorbedingung beim Eintritt in die höhere Postkarriere gemacht werden soll.

Staatssekretär Kraetke tadelt nach wie vor, daß sich die Postdirektoren an Abgeordnete gewandt haben.

Gichhorn (Zg.) verlangt einen erweiterten Erholungsurlaub der Postbeamten.

Staatssekretär Kräfte sagt Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu.

Gröder (Z.) hat nichts gegen die akademische Vorbildung der Postbeamten, verlangt dann aber höhere Besoldung.

Nach Bewilligung des Kapitels verlagert das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6.45 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „Arbeitswilliger“. Aus Halle a. S. berichtet man: Der Vater Schwante hatte zum Kummer seiner Kollegen jeden Tag in der großen Zimmermannschen Maschinenfabrik permanent nach Feierabend gearbeitet. Als ihn sein Meister eines Tages entlassen wollte, sagte die Direktion, das gehe nicht; einen so braven Arbeitswilligen müsse man fest warm halten. Wie erstaunte aber die Direktion, als sie eines Tages erfuhr, weshalb der Mann so gern nach Feierabend arbeitete: Er tat dies, um die Firma „bemaufen“ zu können und hatte nach Feierabend, da dann die Kontrolle durch den Portier fehlte, für rund tausend Mark Öl und Farben weggeschleppt. Die Strafkammer verurteilte den Arbeitswilligen wegen Diebstahls zu neun Monaten Gefängnis und sein Abnehmer, ein Drogist, erhielt ein Jahr Gefängnis.

Christliche Kaufbolde. Das Schöffengericht in Weiden (Oberpf.) verurteilte den christlichen Arbeitersekretär Salomon zu drei Wochen Gefängnis. Er hatte im Verein mit anderen Christen „einen Roten“ in barbarischer Weise mißhandelt, so daß der Mißhandelte blutüberströmt nach Hause getragen werden mußte. Der Anwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

Auch ein „Sozialdemokrat“. Der Meister Peter Reuter, 31 Jahre alt, geboren zu Mühlenbach in Birmensdorf, war im Dezember vorigen Jahres auf dem Bergwerk Schladernberg bei Weidenhofen beschäftigt. Am 27. Dezember äußerte er mehreren Personen gegenüber, er sei Sozialdemokrat, alle Herrscher müßten kaputt gemacht werden durch den deutsche Kaiser. Als ihm der Knecht Maß deshalb Vorhalt machte, drohte er diesem, er würde ihn kaputt schlagen. Der Dienstmagd Linster, die ihm ebenfalls Vorwürfe machte, warf er einen Metallböllchen so ins Gesicht, daß sie blutete. Vor der Strafkammer ließ er behaupten, er wisse von der Majestätsbeleidigung nichts. Das Gericht ließ aber vor der Strafkammer behaupten, welche das Gericht auf drei Monate Gefängnis festsetzte. Der Mann weiß von der Sozialdemokratie jedenfalls genau soviel, wie der bloße Liberalismus von wirklichen liberalen Grundrissen.

Aus Nah und Fern.

Was der Reichsverbandsgeneral „unanständig“ findet. In Frohburg, einem kleinen Städtchen des 14. sächsischen Wahlkreises, der bei der vorigen Reichstagswahl die Pünktlichkeit begangen hat, den Reichsverbandshauptling Liebert zu wählen, waren am 27. Januar die Tabakinteressenten versammelt, um gegen die drohende Steuererhöhung auf Zigarren Stellung zu nehmen. Die von mehreren Fabrikanten, Händler und Arbeitern besuchte Versammlung faßte den Beschluß, an den General v. Liebert eine Anfrage zu richten, wie er sich im Reichstage zu der drohenden Steuer stellen werde. Grob und pathos, wie ein alter Militär, antwortete Herr General v. Liebert:

Herrn Heinrich Krause, Frohburg. Da anständige Leute an Kaisers Geburtstag keine Protestversammlung abhalten und da in der „Grünen Aue“ nur Sozialdemokraten tagen, so brauche ich nach Ihrer politischen Gesinnung nicht zu fragen. Ich habe daher nicht die mindeste Veranlassung, Ihnen meine Auffassung über mögliche Steuerprojekte auseinanderzusetzen. Senden Sie dies Schriftstück nur sofort der „Muldental-Zeitung“ zu. v. Liebert, M. d. R.

Daß sich ein Chef des Reichsverbandes zur Verkündung der Sozialdemokratie erlaubt, darüber Lehren zu erteilen, was anständige Menschen tun und lassen sollen, wird überall mit ungetriebener Heiterkeit aufgenommen werden, vielleicht mit Ausnahme der Fabrikanten und Händler, die an der Frohburger Versammlung teilgenommen und gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern an Kaisers Geburtstag gegen eine verhängnisvoll drohende Steuerbelastung protestiert haben, obwohl sie sonst sehr rühmliche Patrioten sind und im vorigen Jahre mit Kurale Liebert zur Wahlurne marschierten. Jetzt müssen sie eben „unanständige“ Menschen geschimpft zu werden, weil sie an einem hurrapatriotischen Festtage statt die Prophezeien zu lassen, für ihre Interessen einzutreten sich bemühen.

„Ruben die Kämpfer fürs teure Vaterland. Ein Kriegsveteran von 1866 und 1870/71 wurde dieser Tage als Gemeindevorsteher im Verbestall eines Bauern (Niederbayer) tot aufgefunden. „Er wurde beerdigt“, berichtet kurz die bürgerliche Presse und sie ist es nicht einmal der Mühe wert, nur seinen Namen zu nennen.

Fort mit dem Prügelfloß aus der Schule! Wie bürgerliche Blätter berichten, ist in dem Städtchen Holfeld der Fränkischen Schweiz die Schulleiterin Rogner, während sie von dem Kantor Feuerling gezeigelt wurde, tot zusammengebrochen. Wahrscheinlich ist der Tod ungeeignet durch den Schrecken verursachten Herzschlag eingetreten.

Der Zellennachbar im Zuchthaus als Verräter. Im vorigen Jahre wurde bei einem nächtlichen Einbruch der Herr Strathmann in Bremen bei Wert (Westfalen) durch einen Schur in das Herz von dem Einbrecher getötet. Der Mörder ist jetzt durch Verrat eines im Zuchthaus zu Werden zehnten Verbrechers, wo auch der bisher unbekannte Mörder des Wirts Strathmann eine Freiheitsstrafe verbüßt, verraten worden. Aus der Strafanstalt schrieb der betreffende Inhaftete an einen Kriminalbeamten einen Brief, in dem er den in der benachbarten Zelle sitzenden Mitstreicher Schulte als den Mörder Strathmanns bezeichnete. Die Angaben waren bestimmt, daß an der Schuld kein Zweifel sein konnte. Schulte hatte seinem Zellennachbar durch verschiedene Briefe die Tatumsstände in der Mordnacht mitgeteilt, während der andere seine Ergebnisse auf gleiche Weise dem Schulte kundgab. Auf Grund der vorliegenden Beweise hat Schulte dem Untersuchungsrichter in Dortmund ein offenes

Geständnis abgelegt. Die Belohnung, in Höhe von 1000 Mk., die von der Staatsanwaltschaft auf die Ermittlung des Mordbuben ausgelegt war, dürfte nun dem Zellennachbar des Schulte zufallen, der dem Beamten Mitteilung machte.

Lehrerziehung in Bayern. In der „Freien Bayerischen Schulzeitung“ gibt jetzt Lehrer J. Beyhl-Würzburg eine ausführliche Darstellung des Vorfalles im Lehrerseminar zu Bamberg, wo ein Seminarist gemahregelt wurde, weil er Goethes „Faust“ gelesen. Die Zeitung bestätigt den bekannten Sachverhalt, fügt aber noch ein bisher unbekanntes Detail hinzu, das den zehnten Eifer des würdigen Jugendlehrers Behnder besonders schön charakterisiert. Der Herr Präses hielt es nämlich für notwendig, den Schülern des Seminars klar zu machen, „daß unsittliche Gedanken und Begierden für ledige Leute auch schon schwere Sünden sind“, und ließ sie deshalb die nachstehenden vier „logischen Folgerungen“ niederschreiben: 1. Wer vor der heiligen Kommunion unsittliche Lektüre pflegt, kommuniziert unwürdig. 2. Wer unwürdig kommuniziert, begeht einen Mordverbrechen am göttlichen Heiland. 3. Wer dieses tut, ist der nicht eines Menschenmordes fähig? 4. Wer solche Leute für das Lehramt für tauglich hält, erniedrigt den Lehrerstand.“ In einer Zuschrift an das „Bamb. Tagbl.“ wird zwar behauptet, diese Sätze seien „ganz allgemein“ zu verstehen und nicht auf einen Schüler allein gerichtet. Dieser plumpe Versuch, der Sache eine andere Deutung zu geben, ist weiter nichts, als eine leere Ausflucht, die die den Stempel der Unwahrhaftigkeit an der Stirne trägt.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 9. bis 15. Februar 1908.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
8. Februar. Gärtnere R. G. W. Haack. 4. Versicherungsinspektor Dr. jur. R. G. Stapel. 6. Töpfer A. H. Kühne. 7. Handlungsgehilfe Chr. F. Ratje. Schiffingenieur G. W. Kalschning. 9. Schuhmacher R. H. G. Albrecht. 10. Schriftfeger H. A. L. Meyer. 11. Arbeiter J. D. F. Wanzenberg. Musiker L. F. H. Dücker. Güterbodenarbeiter G. A. L. Siebühr. 12. Musiker B. G. G. F. W. Käbler.

- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
4. Februar. Maurer R. R. Scharf. Arbeiter F. F. G. Gierk. 5. Maler H. W. A. Kockin. 7. Möbelpolierer H. G. D. Böhm. Kaufmann G. F. Giesleben. Arbeiter H. F. H. Behrens. 8. Arbeiter G. F. Kuhrau. Königlich Preussischer Zollsekretär A. D. R. Bengs. Südfachhändler F. W. Heuer. Versicherungsbeamter H. A. W. F. Stein. 10. Korbmacher A. W. Grell. Barbier und Friseur W. F. H. Drews. Maurer G. F. H. Schult. 11. Former A. G. F. Zehm. Eisenbreher J. F. H. Faasch. Hausdiener G. G. Chr. Will. 12. Arbeiter F. F. A. Brahl. Arbeiter G. Chr. Kramer. 15. Arbeiter F. G. L. Themer.

Angerorbene Aufgebote.

10. Februar. Arbeiter H. J. J. Trilke und A. G. M. Freitag in Riep. Elektromonteur A. H. P. Fischer und M. Koffat in Kiel. 11. Geschäftsführender C. M. Telfs in Hamburg und M. R. Paries. 12. Hotelbesitzer J. D. Cording und G. Ch. Ch. G. M. Lamm. Seemaschinist A. M. A. Johnsen und M. H. M. Kellermann. Maschinenschlosser D. H. F. Lehmann und Ch. D. G. Gade. Gärtner W. P. H. Hoy und A. M. G. Schmale. Maler G. B. D. Meindorf und A. H. R. Veit. 13. Tanzlehrer M. Steyer und J. G. Behrens. Schneider F. F. G. Brahl in Travemünde und A. M. Hübenbecker. Kontorbote G. L. Schroeder und B. M. H. Anderson. 14. Arbeiter F. A. O. Klabunde und W. H. A. Krakow. Maler H. F. H. Ott und G. M. Ch. W. G. G. Schymacher in Jarrentin. 15. Fischer G. F. H. Schomann

und B. G. Lange. Friseur G. F. F. Tardel und G. D. F. Herbst, beide in Kiel.

Scheitstiftungen.

11. Februar. Schlosser B. F. R. Beth in Kiel und A. M. F. Stoll. Handlungsgehilfe F. J. Th. Morgenstern und F. G. M. Wegner. Bureaugehilfe G. F. W. Müllin und W. G. M. G. Mann. Kaufmann H. G. H. Schwarzkopf und A. G. E. Kernstein. Schneider W. F. H. Käbler und W. Werner. Elektrotechniker A. R. A. Brien und D. Schlegel. 13. Arbeiter J. J. H. Thielens und A. F. L. Schmahl. 14. Klempnergefelle C. B. L. Ruge und M. L. M. Thimm. Kaufmann F. H. Struve und M. D. F. J. Oldenburg in Schwartau. Bankbeamter G. J. Weyer und Th. P. Stehn. Kaufmann J. H. H. Hagen und die geschiedene J. M. H. Hagen geb. Lissa in Hamburg. 15. Schlachter F. G. R. H. Krohn und M. B. S. Kubdel. Postbote L. F. W. Frank und A. A. J. Klempau in Hamburg.

Sterbefälle.

7. Februar. C. M. L. Groth, 62 J. 8. M. G. geb. Stöckling, Witwe des L. F. Eggert, 75 J. (M. Grönu.) 9. W. F. F. Botrag, 4 J. H. Trauböse, 4 J. M. D. W. geb. Groth, Witwe des Maschinenmeisters J. F. Jaal, 80 J. M. L. geb. Pries, Witwe des Kaufmannes H. F. L. Kuhlmann, 68 J. M. D. geb. Käbler, Witwe des Arbeiters J. F. Spethmann, 68 J. 10. G. Schröder, 9. M. A. M. geb. Westphal, Witwe des Hauszimmergehilfen G. F. J. Runge, 83 J. Siechenhausinlasse H. F. Thors, 80 J. (M. Grönu.) 11. A. G. D. geb. Spethmann, Ehefrau des Vorarbeiters J. P. Biver, 52 J. Apothekenbesitzer H. G. G. Schmedto, 48 J. 12. J. F. L. geb. Ahrens, Ehefrau des Fuhrmannes A. G. L. Benitz, 49 J. G. G. geb. Wick. Witwe des Weichenstellers H. P. F. Romann, 80 J. W. F. H. Gode, 4. M. M. J. D. geb. Becker, Ehefrau des Kaufmannes H. A. M. Hill, 46 J. 13. Bäcker J. F. H. Steffens, 74 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Vorarbeiter W. F. G. Bohn. C. G. geb. Oldenburg, Witwe des Arbeiters J. D. Wittfoht, 76 J. 14. W. F. H. W. M. F. G. geb. Werner, Witwe des Rentners C. Spierling, vorher verw. Brandenburg, 87 J. Rentner M. H. G. Westphal, 73 J. Arbeiter J. F. W. Schmidt, 77 J. Hospitalit F. W. G. Großleben, 79 J. Arbeiter J. F. H. Dührtop, 91 J. 15. Früherer Bäckermeister J. G. W. Göbel, 69 J. J. F. J. Hein, 7 Monate.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Monarchische Konzentration. — Die ökonomische und soziale Entwicklung im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts. Von Dr. W. van Ravesteijn jun. (Rotterdam) — Ernst Mach und die Revolution. Von A. Bogdanow. — „Die Philosophie im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts.“ Eine Antikritik von Gustav Seifert. — Wie geht man an das Studium des Sozialismus? Von K. K. — Literarische Rundschau: Dr. W. Klen, Die Arbeit. Von Heinrich Schulz, Übersicht aus der Berliner Statistik für das Jahr 1905. Von ad. br. Karl Theodor Heigel, Politische Hauptströmungen in Europa im neunzehnten Jahrhundert. Von H. B. — Zeitstrahlenschau. — Bibliographie des Sozialismus. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: F. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonntagmorgen 1/10 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unser kleiner

Wili

im zarten Alter von 8 Monaten. Tief beuert von seinen Eltern. Mewes u. Frau geb. Wodrig. Beerdigung Mittwoch, den 19. Februar, um 9 Uhr.

Unsern lieben Freunde Heinrich Arlt zu dem 29. Wiegenfeste ein dreifaches Hoch, die ganze Vorbedacht macht. Ob Heinrich woll was marken lett.

Zu vermieten zum 1. April 3-Zimmerwohnung, Gart., mit Vor- u. Hintergarten, einzelne Leute. Zu erfragen Schwarzenauer Allee 77, I.

Kleine freundliche Wohnung und Schlafzimmern für einen jungen Mann. Mauer 58 bei der Krähnenstraße.

Zum 1. April eine kleine Wohnung für 2-3 Personen zu vermieten, Preis 120 Mk. Gartenstraße 28.

Haus mit 3 Wohnungen, großem Stall und Garten, bei geringer Anzahlverkäufen. Angebote unter S. D. an die Redaktion d. Bl.

Ein gut erhaltenes Herrenfahrrad billig zu verkaufen. Geordersstraße 54, I.

Ein Kinderwagen zum billig zu verkaufen. Glognitzstraße 36, II.

1 moderner Kinderwagen zum billig zu verkaufen. Briegstraße 11, II.

1 grauer Kinderwagen (edelgestrichelt) mit Gummireifen u. 1 Babykorb wert zu verkaufen. Glandorfsstr. 36, II.

von Schönbaum, Sebammie wohnt Glandorfsstraße 11, I.

Als Damen-Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause. F. Kätz, Friedenstr. 95.

Bei unserer Abreise nach Hamburg sagen wir Freunden und Bekannten ein herzliches Adieu. W. Schneider und Frau, Secretz.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13. Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Diejenigen unserer geehrten Abonnenten, welche bei unserem verstorbenen Kolporteur Rogge Modereitungen als Kindergarderoben etc. bestellt und nicht erhalten haben, werden ersucht, sich in unserer Expedition zu melden. Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Mein Kind

beruhige dich nur, wenn es morgen gutes Wetter ist, gehen wir nach Johs. Baade, Fackenburger Allee 34 und kaufen uns einen Sportwagen, dann fahren wir aus.

Prima magnum bonum und Eierkartoffeln auch für Wiederverkäufer empfiehlt

J. Sühr, Untertrave 22.

Abreisenden aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgech. Fischergr. 52.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege. H. Schreiber, Breitest. 24.

Empfehlungs-Karten. Holst prompt und sauber. Die Druckerei des Lth. Volkstheater. Johannstraße 46.

Eine große Partie gute geräuch. Wurst à Pfd. 90 Pfg.

1/2 feine u. Zerwickelwurst Pfd. nur 1. — Leberwurst, Braunschweiger u. Preßwurst Pfd. 50 Pfg., Landleberwurst Pfd. 80 Pfg., geräucherten Hohlhinken in kleinen Stücken Pfd. nur 90 Pfg.

Schöner Schweizerkäse Pfd. 70 Pfg. Holländer nur 80 Pfg., Limburger 50 Pfg., Gollsteiner 25 Pfg. Rote Lubecamarken.

Fedder J. Behm Beckstraße 33, Ecke Künsthaußen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Planet“ von Fackenburg und Umgegend.

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Mittwoch, 19. Februar, abends 8 Uhr.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Panorama Breitestraße 53, I. Etage, Kaiser Wilhelm u. Zar Nikolaus II. vor Swinemünde.

Plattenmacher vor den Maschinen.

Ludwig Prösch, Buchbinderei Weiter Stranden 3.

Verein der Musikfreunde. Mittwoch, den 19. Februar 1908, abends 8 Uhr

im Kolosseum: 18. volkstüml. Konzert

(Orchester 52 Musiker). Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth. Solist: Herr Otto Pannier (Fagott).

Walzer- und Operetten-Abend. Zur Aufführung kommen u. a.:

Ouverture zu „Dichter u. Bauer“ F. v. Suppé. Polpourri aus „Der lustige Krieg“ Joh. Strauß. Ouverture zu „Orpheus in der Unterwelt“ J. Offenbach.

Polpourri aus „Die lustige Witwe“ J. Lehar. Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater. Nur diese Woche: Gastspiel der besten deutschen Soubrette

Grete Gallus in ihrem Repertoire.

Acosta-Frosso-Querida und Tich 5 Violettas-Liscanda-Basch.

Victoria-Hansa-Berichterstatter. Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater. (Provisorium) Direktion: L. Plorkowski.

Mittwoch den 18. Februar, 7 1/2 Uhr. Jeder Platz 50 Pfg. Das Käthchen von Heilbronn. Donnerstag: Durchschlagender Erfolg!

Panne. Freitag: Das Glöckchen des Eremiten.